


<http://www.laender-analysen.de/russland/>

RUSSLAND UND DIE UKRAINE

■ ANALYSE	
Hat die Putin-Administration eine Strategie?	
Russische Innen- und Außenpolitik in der Ukraine-Krise	2
Henning Schröder, Bremen	
■ UMFRAGE	
Zur innenpolitischen Entwicklung in Russland	7
Korruption und Bürokratie	8
Die Russen über einen starken Führer	9
Russlands »Sonderweg«	10
Russland in der Welt	11
■ ANALYSE	
Die Krim nach dem Zerfall der Sowjetunion: Aufstieg und Niedergang	
der prorussischen Bewegung (1991–1995)	
Zur Vorgeschichte der Krim-Krise	14
Jan Zofka, Leipzig	
■ UMFRAGE	
Russen über die Ukraine-Krise	17
Die Ereignisse in der Ukraine: kann man den Informationen in den Massenmedien glauben?	18
Russen über die Berichterstattung über die Ukraine	19
■ AUS RUSSISCHEN BLOGS	
Zum 70. Jahrestag der Deportation der Krimtataren	20
■ DOKUMENTATION	
»Über die Verletzung der Rechte der Krimtataren«	
Erklärung von Memorial International	22
■ NOTIZEN AUS MOSKAU	
Feiertag für die Seele	23
Jens Siegert, Moskau	
■ CHRONIK	
9. – 22. Mai 2014	25

Hat die Putin-Administration eine Strategie?

Russische Innen- und Außenpolitik in der Ukraine-Krise

Henning Schröder, Bremen

Zusammenfassung

Das Verhalten der russischen Führung in der Ukraine-Krise, insbesondere die Eingliederung der Krim in den russischen Staatsverband, kann nur im Kontext des russischen politischen Diskurses erklärt werden. Darin spiegelt sich der Widerspruch zwischen Großmachtsanspruch und begrenzten wirtschaftlichen Ressourcen wider. Die russischen Eliten beanspruchen neben den USA, China und der EU eine internationale Rolle für das Land. Nachdem sie sich von EU und USA zurückgewiesen und zurückgesetzt sah, hat die Putinsche Führung spätestens 2011 eine Politik konzipiert, die durch Ausbau eines Netzes von Regionalorganisationen im eurasischen Raum Russlands Interessensphäre absichern und so bessere Voraussetzungen für das internationale Auftreten schaffen sollten. Die Ukraine ist ein wichtiges Glied in diesem geopolitischen Projekt und der Sturz der Regierung Janukowytsch stört den Ausbau der geplanten Interessensphäre. Neben dieser außenpolitischen Dimension hat Russlands Verhalten in der Ukraine-Krise auch einen innenpolitischen. Die Putin-Administration hatte zur Bewältigung der fortwirkenden politischen Krise, die im Winter 2011/2012 aufgebrochen war, eine Politik der rechten Mobilisierung betrieben. Da diese im Laufe des Jahres 2013 teilweise nicht mehr kontrolliert werden konnte, hatte sich ein Teil der Führungsgruppe für eine stärker wirtschaftsorientierte, die Gesellschaft integrierende Politik ausgesprochen. Der Umsturz in der Ukraine und die Ängste, die er in der russischen Führung auslöste, gab den »rechten Mobilisierern« wieder die Oberhand. Der Präsident passte sich dieser Gruppe nach einigen Momenten des Schwankens an. Diese Konstellation erschwert auf absehbare Zeit die Zusammenarbeit mit Russland, die aber dennoch auf allen Ebenen gesucht werden muss.

... die Größe Russlands wiederherstellen

Die Bereitschaft der russischen Führung, im Umgang mit dem Nachbarn Ukraine auch militärische Mittel einzusetzen, die Konfrontation mit dem wichtigsten Handelspartner Russlands, der EU, in Kauf zu nehmen und den Gegensatz mit dem Sicherheits- und Abrüstungspartner USA zu vertiefen, hat Politiker in Berlin und Brüssel überrascht. Das Verhalten der Putin-Administration erscheint angesichts der ökonomischen Lage Russlands und seiner Abhängigkeit vom Weltmarkt wenig rational. Die angebliche Bemerkung von Angela Merkel in einem Telefongespräch mit Präsident Obama, Putin habe den Kontakt zur Realität verloren, bringt diesen Eindruck auf den Punkt.

Dennoch wird das Handeln des russischen Präsidenten in der russischen Öffentlichkeit als energisch, klug und erfolgreich wahrgenommen – nimmt man die Stimmen in der Wirtschaftspresse, die auf die finanziellen Lasten und den Rückgang der Investitionen hinweisen, einmal aus. Eine Mehrheit der Bevölkerung begrüßt das offensive Vorgehen der Führung im postsowjetischen Raum, die Umfragewerte von Präsident Wladimir Putin, die seit 2011 Jahre nachgaben, haben sich wieder erholt – die Vertrauenskurve zeigt steil nach oben.

Offenbar wird die Politik der Putin-Administration im Ausland und im Innern ganz unterschiedlich wahrgenommen. Daher lohnt es sich, noch einmal einen Blick

auf die Vorgänge zu werfen und diese auch in den Kontext der innerrussischen Debatte zu stellen.

Die Ausstattung einer Großmacht

Russland ist gewiss ein großes Land – mit 17,075 Mio. km² das flächengrößte der Erde. Die Ausdehnung der Staatsgebiete von Kanada, der USA und Chinas beträgt jeweils nur knapp 60 % der Fläche Russlands. Doch die Wirtschaftsleistung liegt weit unter der der USA und Chinas. Mit 3,260 Mrd. US-Dollar ist Russlands Bruttoinlandsprodukt (BIP) etwas geringer als das Deutschlands, und macht etwa ein Viertel des BIP Chinas oder des Euro-Raums aus, bzw. ein Fünftel des US-amerikanischen. Betrachtet man die Wirtschaftsleistung pro Kopf, liegt Russland noch hinter Griechenland, Portugal, der Slowakei und Litauen. Der Export entspricht dem eines Drittweltlandes: 2011 machten Roh- und Brennstoffe fast 80 % des Exportes aus, Maschinen und Ausrüstungen erschienen in der Exportstatistik mit gerade einmal 4,5 %. In den Bereichen Technologie und Innovation liegt die russische Volkswirtschaft international nicht in der Spitzengruppe. Auch demographisch verfügt Russland mit 140 Mio. Einwohnern (China: 1,351 Mio., Indien 1,237 Mio., USA 314 Mio., Euro-Raum 334 Mio.) nicht über endlose Ressourcen. All das erscheint als Basis für eine moderne Großmacht eher dürftig.

Andererseits hat die Russländische Föderation aus dem Erbe der Sowjetunion einen Sitz im Sicherheitsrat inne, es verfügt über ein umfangreiches Arsenal strategischer Nuklearwaffen, dem allein das Atomwaffenpotential der USA gewachsen ist und es hat eine konventionelle Streitmacht, die trotz Kürzungen und jahrelanger Vernachlässigung nach den jüngsten Reformen durchaus in der Lage ist, die kleinen und mittleren Staaten in der unmittelbaren Nachbarschaft zu überrennen. Dazu verfügt es über große Reserven an fossilen Brennstoffen – in der heutigen Welt durchaus ein Faktor von Gewicht.

Insofern stellt sich das heutige Russland als Zweiter dar. Einerseits ist es – ähnlich wie die Türkei oder der Iran – eine Regionalmacht, die in ihrer Nachbarschaft erheblichen Einfluss ausüben kann, andererseits verfügt sie noch über die Insignien einer Weltmacht, auch wenn ihr das wirtschaftliche und technologische Potential fehlt, diesem Anspruch weltweit Geltung zu verschaffen. Die russischen außen- und sicherheitspolitischen Eliten sind es aber noch gewohnt, in traditionellen Weltmacht Kategorien zu denken. Damit geraten sie jedoch in ein Dilemma: Im Vergleich mit den USA, der EU und China ist Russland wirtschaftlich eine Macht zweiter Ordnung, dem eigenen Anspruch nach aber eine Großmacht, die auf Augenhöhe mit China und den USA agiert. Kann die russische Führung im postsowjetischen Raum noch gestalten, so reichen Kräfte und Einfluss jenseits der eigenen Nachbarschaft oft nur dazu, als Störer zu wirken. Diese Situation ist für die russischen Außenpolitiker zweifellos unbefriedigend.

Die Eurasische Union als letzte Option russischer Außenpolitik?

Am 4. Oktober 2011 veröffentlichte Wladimir Putin, noch Ministerpräsident, aber schon erklärter Kandidat für das Präsidentenamt, in der *Iswestija* einen programmatischen Artikel, in dem er die Idee einer Eurasischen Union propagierte, die für die Länder des postsowjetischen Raums offen wäre, und sich als Partner der EU etablieren wolle. Kern dieser Initiative war die Zollunion, die zu diesem Zeitpunkt Russland, Belarus und Kasachstan umfasste. Zwei weitere Regionalorganisationen, die Eurasische Wirtschaftsunion (Russland, Belarus, Kasachstan, Kirgisien, Tadschikistan mit Armenien und Ukraine im Beobachterstatus) und die Organisation des Vertrages für kollektive Sicherheit (OVKS) (Armenien, Belarus, Kasachstan, Kirgisien, Russland, Tadschikistan, Usbekistan), stellten sich als Bausteine einer umfassenden Integration des postsowjetischen Raumes dar, die die russische Führung der EU in partnerschaftlicher Zusammenarbeit gegenüberstellen wollte. Präsident Putin wollte dies nicht als konfrontativen Schritt verstanden sehen, er betonte noch im Dezember in sei-

ner Botschaft an die Föderalversammlung, dass es bei dem Integrationsprojekt um Gleichberechtigung und reale Wirtschaftsinteressen gehe, nicht darum, jemandem etwas aufzuzwingen oder eine regionale Hegemonie zu erreichen. Mit der EU – »jenem entwickelten Integrationsprojekt« – wolle man weiter zusammenarbeiten.

Die Begründung für ein solches Vorgehen findet sich in der außenpolitischen Konzeption Russlands, die im Februar 2013 verabschiedet worden ist. Dort heißt es, dass unter den Bedingungen einer Dezentralisierung des globalen Systems und des Entstehens neuer Wachstums- und Einflusszentren regionale Organisationen eine neue Bedeutung gewinnen. Regionale Integration sei ein wirksames Instrument zur Steigerung der Konkurrenzfähigkeit, stärke die Sicherheit und stabilisiere Finanzen und Wirtschaft. Das kann man auch auf das Eurasische Integrationsprojekt beziehen: eingeklemmt zwischen der wirtschaftlich übermächtigen Europäischen Union und einem sich rasch entwickelnden China sucht Russland Unterstützung, indem es die Nachbarstaaten in einer umfassenden Regionalstruktur organisiert und zusammenfasst. Dass in einer Organisation, in der Russland sich mit Armenien, Belarus, Kasachstan, Kirgisien, Tadschikistan, Usbekistan und idealerweise auch der Ukraine und Moldau verbindet, das wirtschaftliche, politische und militärische Übergewicht von vornherein auf der Seite Russlands ist, liegt auf der Hand. Insofern ist im Falle der Eurasischen Integration trotz aller Beteuerungen im Kern eine russische Hegemonie angelegt. Hier liegt auch ein Problem des Projekts – die nationalen Eliten der Nachbarstaaten haben an einer solchen Unterordnung kein wirkliches Interesse. Es bedürfte auf russischer Seite großer Behutsamkeit, um solche Ängste nicht weiter zu schüren. Das russische Vorgehen auf der Krim und in der Ostukraine ist nicht geeignet, die Skepsis in den postsowjetischen Staaten zu vermindern.

Dennoch sieht die russische Führung in der Eurasischen Integration, also praktisch in der Organisation der Nachbarstaaten zu einer russischen Interessensphäre, einen wichtigen Schritt, um Russland zukünftig in einer multipolaren Welt fest als Machtfaktor zu etablieren. Statt die Partnerschaft mit der EU zu suchen, wie es die Handelsdaten nahe legen würden, oder die sicherheitspolitische Zusammenarbeit mit den USA, setzt die Putin-Administration spätestens seit 2011 auf eine Sonderrolle Russlands im eurasischen Kontext.

Dieser Rückzug nach Eurasien hat seine Gründe in der Frustration der russischen außen- und sicherheitspolitischen Elite, die sich von den europäischen Nachbarn und den USA nicht ernstgenommen fühlt. Diese Wahrnehmung, die sich seit den neunziger Jahren aufgebaut hat und insbesondere durch die Ausdehnung der

NATO und die Erweiterung der EU bestärkt wurde, ist am deutlichsten in Putins Rede auf der Münchener Sicherheitskonferenz im Jahre 2007 zum Ausdruck gekommen. Seine Äußerungen waren nicht so sehr die Einleitung einer antiwestlichen Politik, wie es in der europäischen und amerikanischen Öffentlichkeit aufgefasst wurde – der russische Präsident machte der Frustration der russischen politischen Klasse Luft, die sich immer wieder übergangen und ignoriert sah. Die Erweiterung der NATO, die Nichtratifizierung des modifizierten KSE-Abkommens, die Belehrungen über richtiges demokratisches Verhalten, das Vorgehen der USA im Irak und bei der Frage des iranischen Atomprogramms, die Frage der Raketenabwehr – in allen diesen Fällen sah der russische Präsident russische Interessen übergangen.

Nachdem auch der Vorstoß, den Präsidenten Medwedew im Sommer 2008 unternahm, um die Gespräche über eine europäisches Sicherheitssystem wieder in Gang zu bringen, keine Ergebnisse brachten, erschien der Rückzug auf die Region Eurasien und ihr Ausbau zur russischen Interessensphäre dem Kreis um Putin offenbar als einzige realistische Option, um Russlands internationale Position zu sichern. In dieser Regionalstruktur war die Ukraine mit ihrer Lage am Schwarzen Meer, ihrer Bevölkerung von 45 Mio. Menschen, ihrer leistungsfähigen Rüstungsindustrie und den Durchgangsrouten für russisches und zentralasiatisches Erdgas trotz ihrer akuten wirtschaftlichen Schwäche ein wichtiges Glied. Das war der Grund, warum sich die russische Führung intensiv um Janukowytsch bemühte. Die Massendemonstrationen gegen ihn und sein Sturz stellten im Grunde Russlands Eurasisches Projekt in Frage. Einer russischen Führung, die das Integrationsvorhaben als letzten Ausweg sah, musste der Ausfall der Ukraine als unmittelbare Bedrohung der internationalen Stellung Russlands erscheinen.

Nationale Mobilisierung als Innenpolitik

Das Verhalten der russischen Führung hat aber auch eine innenpolitische Dimension. Die politische Krise des Winters 2011/2012, als es in Moskau zu Massendemonstrationen gegen Wahlfälschungen gekommen war, war nicht aus dem Nichts entstanden. Die Finanzkrise 2008, die sich bei einer Mehrheit der Bevölkerung mit einem Rückgang der Einkommen auswirkte, hatte die Erwartung der Putin-Jahre 2000–2008, es werde nun kontinuierlich besser werden, enttäuscht. Nachdem auch das Modernisierungsprojekt, das Medwedew im Herbst 2009 initiierte, bald ins Leere lief, nahm das Misstrauen gegenüber der Führung und »Einiges Russland«, der »Partei der Macht«, sprunghaft zu. Angesichts der fehlenden Zustimmung für »Einiges Russland« griffen die Regionaladministrationen, von denen ein gutes

Ergebnis für die »Putin-Partei« erwartet wurde, landesweit zu dem Mittel direkter Fälschung der Wahlergebnisse, die dann in der Hauptstadt einen Massenprotest auslöste. Zwar konnte sich Wladimir Putin im März 2012 bei den Präsidentenwahlen ungefährdet durchsetzen, doch seine Umfragewerte stiegen nicht. Zudem blieb das erwartete Wirtschaftswachstum aus, und die versprochene Besserung der Einkünfte trieb die Inflation nach oben.

In dieser Situation setzte sich im Umfeld des Präsidenten eine Gruppe durch, die durch Mobilisierung rechtsnationaler Sentiments Unterstützung für die Führung organisieren wollte. Demonstranten wurden als Gewalttäter und Unruhestifter, Nichtregierungsorganisationen als ausländische Agenten, Homosexuelle als Kinderschänder und Migranten als Kriminelle markiert. Die USA erschienen als die Macht, die Russland systematisch niederdrücken wollte. Diese Feindbilder knüpften an latente Ängste und Stimmungen und gewannen breite Unterstützung. Die Propaganda hatte aber ambivalente Resultate: In Saratow und Birjuljowo, einem Moskauer Vorort, kam es zu Pogromen, die sich gegen Migranten aus dem Kaukasus und Zentralasien richteten. Zugleich wandten sich die nationalen Propagandisten, die von der Präsidialverwaltung gefördert worden waren, bald auch gegen Korruption und Privatgeschäfte in Behörden und Politik. Die rechte Mobilisierung gewann Eigendynamik.

Das ist wohl der Grund, dass im Herbst 2013 einige Politiker, die Medien nannten sie die »politischen Strategen«, sich für eine Änderung der Politik einsetzten. Der Schwenk wurde im Kontext der Regionalwahlen Anfang September erkennbar. Das Verfahren gegen den Oppositionspolitiker Nawalnyj endete zwar mit einer Verurteilung, doch ging er nicht in Haft und durfte an den Moskauer Bürgermeisterwahlen teilnehmen, wo er einen Achtungserfolg erzielte. In mehreren anderen Städten durften sich Oppositionspolitiker bei Lokal- und Regionalwahlen durchsetzen. Der Präsident zog in seiner alljährlichen Botschaft an die Nationalversammlung eine nüchterne und kritische Bilanz. Die patriotische Rhetorik des Vorjahrs fehlte in der Rede weitgehend. Eine Abkehr von der Propagierung rechter Feindbilder deutete sich an. Allerdings setzte der Leiter der Präsidialadministration, Sergej Iwanow, den man mit der Politik der rechten Mobilisierung in Zusammenhang brachte, durch, dass der Auslandsfernsehsender »Russia Today« und die Nachrichtenagentur »RIA Nowosti« unter seinem Kandidaten Dmitrij Kiseljow zusammengefasst wurden.

Die Versachlichung russischer Innenpolitik endete jedoch im Februar, als die wachsenden, und teilweise gewalttätigen Proteste in Kiew zum Sturz von

Janukowytsch führten. Nachdem die Mission der drei europäischen Außenminister nicht zu einer Lösung der politischen Krise in der Ukraine geführt hatte, setzten sich in der russischen Führung wieder die Vertreter einer Politik nationaler Stärke durch, die von nun an den außen- und den innenpolitischen Kurs bestimmten. Dabei spielte die Angst vor dem Beispiel erfolgreicher Massenproteste wahrscheinlich ebenso eine Rolle, wie der Ärger über das drohende Scheitern des Eurasischen Projekts.

Der zögernde Präsident

Die russische Ukraine-Politik wird also von verschiedenen Faktoren beeinflusst. Strategisches Ziel war und ist es, die Ukraine in das Netz von Regionalorganisationen zu integrieren, das die russischen Interessensphäre konstituiert, idealerweise durch Mitgliedschaft in die Zollunion, die den Kern der künftigen Eurasischen Union bildet. Als Instrument nutzte Russland die Wirtschafts- und Energiepolitik, nahm aber auch durch Emissäre Einfluss auf den innenpolitischen Diskurs in der Ukraine und benutzte punktuell Warenboykotts, die mit gesundheitspolitischen Bedenken begründet wurden, als Drohgebärde. Zu den Personen, die Einfluss auf die Formulierung der Ukrainepolitik hatten, kann der russische Botschafter in Kiew gezählt werden, der frühere Gesundheitsminister Michail Surabow, der über gute Kontakte zu Janukowytsch verfügte. In der Präsidentialverwaltung fiel die Ukraine in den Verantwortungsbereich von Wladimir Tschernow, der über viele Jahre Büroleiter von Sergej Iwanow war. Die politische Richtung wurde im wesentlichen von Sergej Glasjew bestimmt, unter Jelzin kurz Außenwirtschaftsminister, später einer der Führer der rechtsnationalen Partei »Rodina« (»Heimat«) und jetzt Berater des Präsidenten und Mitglied des »Isborskij klub«, eines Zusammenschlusses rechtsradikaler Intellektueller. Ein gewisses Gegengewicht stellte Wladislaw Surkow dar, der in der Präsidentialverwaltung lange Zeit Parteien und Parlament gelenkt hatte, ehe er nach kurzer Pause Gehilfe des Präsidenten für Südossetien und Abchasien wurde, allerdings auch mehrfach in der Ukraine gesehen wurde. Man kann davon ausgehen, dass auch die Energieunternehmen, die einschlägigen Dienste und das Militär vielfältige Beziehungen in die Ukraine unterhielten. Das Geflecht zwischen den Hauptstädten Kiew und Moskau war zweifellos sehr eng gewoben.

Der Präsident war allerdings nicht immer auf der Höhe der Ereignisse. In wenigstens zwei Fällen traf er Aussagen, die er in der Folge korrigieren musste. So erklärte Putin während des EU-Russland-Gipfels am 28.1.2014 in Brüssel, die Kredite, die Russland der Ukraine zugesagt habe, seien dem ukrainischen Volk

zugesagt, nicht der Regierung, sie würden auf jeden Fall gewährt. Am nächsten Tag musste er sich korrigieren – seine Regierung hatte ihm vorgehalten, dass dies unrealistisch sei. Ein ähnlicher Vorfall ereignete sich mit der Einrichtung einer Kontaktgruppe, die Angela Merkel im Gespräch mit Putin vorgeschlagen hatte. In einem Interview am 4. März erklärte er, vorbereitende Gespräche dazu seien möglich, und er betonte, man sei bereit mit allen »außer den offensichtlichen Verbrechern« Kontakt aufzunehmen. Putins Außenminister lehnte allerdings in der Woche nach dem Interview die Bildung einer Kontaktgruppe und Verhandlungen mit der provisorischen ukrainischen Regierung ab. Ob der Präsident einfach schlecht informiert war, oder ob es unter seinen Beratern Dissens gab, so dass auch der Präsident schwankte, bleibt unklar. Gewiss ist nur, dass Putin nicht an gemachten Aussagen festhielt, und dass sie binnen kurzer Zeit umgestoßen werden konnten. Einen ambivalenten Eindruck machte auch das Verhalten Russlands zu der Mission der drei europäischen Außenminister, Steinmeier, Sikorski und Fabius, die am 20. und 21. Februar in Kiew versuchten, zwischen den Parteien zu vermitteln, die Gewalt zu beenden und einen Weg zur Lösung der politischen Krise auszuhandeln. Der russische Präsident entsandte seinen ehemaligen Menschenrechtsbeauftragten Wladimir Lukin, einen erfahrenen Diplomaten und integren Politiker, um an den Gesprächen teilzunehmen. Bei aller Reserve gegen die europäische Initiative war die russische Führung in dieser Situation bereit, eine Lösung mitzutragen.

Als es den drei europäischen Außenministern zwar gelang, die Parteien dazu zu bringen, die Gewalt zu beenden, der vorgeschlagene Plan für eine politische Lösung mit Neuwahlen aber am Widerstand der ukrainischen Opposition scheiterte, da erst fiel auf russischer Seite die Entscheidung für ein offensives Vorgehen, bei dem auch das militärische Instrument eingesetzt werden sollte. Am 1. März holte Putin verfassungsgemäß die Zustimmung des Föderationsrats für den Einsatz von Streitkräften im Ausland ein; am 3. März zeigte er sich ostentativ als Gast bei Übungen des Westlichen Wehrbezirks. Zwei Wochen später, am 17. 3., unterzeichnete der Präsident den Erlass zur Anerkennung der Republik Krim und am Folgetag wurden die Republik Krim und die Stadt Sewastopol in die Russische Föderation aufgenommen.

Der Schwenk der Politik wurde ganz deutlich in der Rede, die Putin anlässlich der Aufnahme der Krim vor der Föderalversammlung hielt. Er entwarf ein nationales Narrativ, das die Krim als »heilig«, als Symbol russischen »militärischen Ruhms« und »Heldentums ohnegleichen« darstellte, die Zugehörigkeit der Krim zur Ukraine historisch in Frage stellte und die Aufnahme in

den russischen Staatsverband als Schutz ethnischer Russen vor Repressionen und Strafmaßnahmen der nicht legitimierten Regierung in Kiew und dem »rechten Sektor« erklärte.

Putin übernahm auch – und das macht seine Rede in hohem Maße problematisch – direkt Versatzstücke russischer rechtsradikaler Rhetorik. Er erklärte wörtlich: »Mit einem Wort, wir haben allen Grund zu der Annahme, dass die berüchtigte Politik der Eindämmung Russlands, die im 18., 19. und 20. Jahrhundert betrieben wurde, auch heute noch fortgesetzt wird.« Die Vorstellung, dass »der Westen« im Siebenjährigen Krieg, als Russland zunächst mit Österreich und dann mit Preußen verbündet war, bei der Aufteilung Polens, in den napoleonischen Feldzügen, als es mit Preußen, Großbritannien und dem Habsburger Reich gegen Frankreich kämpfte, während der »Heiligen Allianz«, in der Russland, Preußen und das Habsburger Reich als Garanten einer konservativen Ordnung auftraten, oder in der »Triple Entente«, die Frankreich, Großbritannien und Russland verband, eine Politik der Eindämmung Russlands betrieben hat, ist bizarr, gehört aber zu den Verschwörungstheorien, die russische Rechtsradikale gern verbreiten. Dass dieses Argument in der Rede des russischen Präsidenten auftaucht, zeigt, wie weit die russische Führung inzwischen Gefangene der rechtsnationalistischen Mobilisierung ist, die sie seit 2012 und dann wieder seit Februar 2014 vorantreibt.

Das macht auch deutlich, dass eine Annäherung zwischen Russland und der EU in den nächsten Monaten oder Jahren nicht einfach sein wird. Russland hat

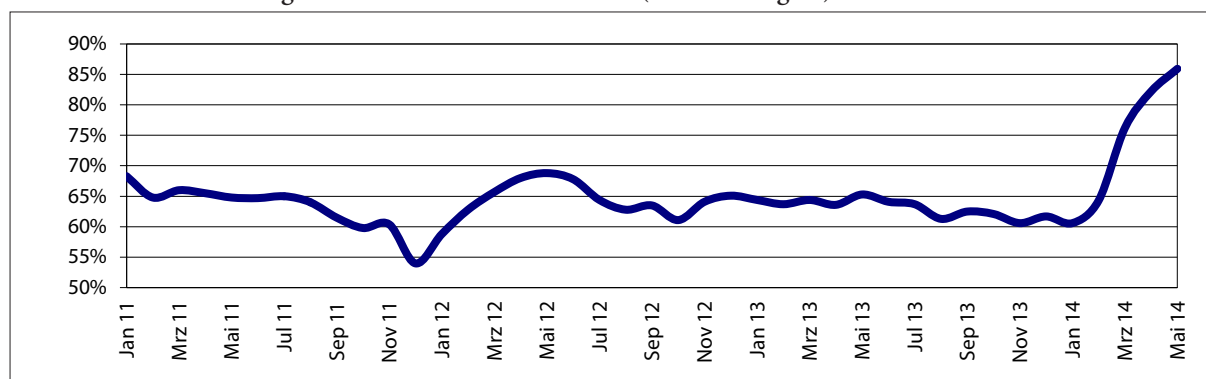
gegenwärtig keine vorwärts gewandte Strategie, es lebt von einem rückwärtsgewandten, verzerrten Narrativ. Wenn sich in der russischen Führung nicht jene Gruppen durchsetzen, die eine rationale Wirtschaftspolitik und eine integrative Lösung der innenpolitischen Probleme betreiben wollen – die Gruppe der »politischen Strategen«, die im Herbst 2013 eine Rolle spielten –, dann werden Gespräche mit Russland nicht rasch zum Erfolg führen. Auch Sanktionen werden keinen Eindruck machen, da die »rechten Mobilisierer« nicht in wirtschaftsrationalen Kategorien denken. Auf die Gruppenprozesse innerhalb der russischen Führung haben die USA und die EU allerdings keinen Einfluss. Das können sie nur von außen beobachten.

Dass man trotzdem jetzt das Gespräch suchen muss, um auf eine politische Lösung der ukrainischen Krise hinzuwirken, und dass man Russland dabei einbeziehen muss, daran kann es nichtsdestoweniger keinen Zweifel geben. Dass man – trotz des derzeitigen Hurratriotismus in der russischen Bevölkerung – das Gespräch zwischen den Gesellschaften nicht abreißen lassen darf, liegt ebenfalls auf der Hand. Langfristig geht es dann darum, die europäische Sicherheitsarchitektur wieder aufzubauen, die durch die Ukraine-Krise schwer beschädigt worden ist. Dabei ist auch eine gewisse Gelassenheit angezeigt. Es geht ja nicht wie im »Kalten Krieg« um die Konfrontation zweier Blöcke, sondern um die Frage, wie eine Regionalmacht von begrenztem wirtschaftlichen Gewicht, deren Führung in der Vergangenheit lebt, einen Platz in Europa und der Welt finden kann.

Über den Autor

Prof. Dr. Hans-Henning Schröder lehrte am Osteuropa-Institut der FU Berlin Regionale Politikanalyse mit Schwerpunkt Osteuropa. Er ist der Herausgeber der Russland-Analysen, die er 2003 gemeinsam mit Heiko Pleines gegründet hat.

Grafik 1: Zustimmung zur Arbeit von Wladimir Putin (% der Befragten)



Quelle: Umfragen des WZIAM <<http://wciom.ru/index.php?id=459&uid=114759>, 1. April 2014; <http://wciom.ru/index.php?id=459&uid=114824>, 16. Mai 2014>

UMFRAGE

Zur innenpolitischen Entwicklung in Russland

Tabelle 1: Zustimmung zur Arbeit von Wladimir Putin (% der Befragten)

Jan. 2011	Feb. 2011	März 2011	April 2011	Mai 2011	Juni 2011	Juli 2011	Aug. 2011
68,3 %	64,8 %	66 %	65,5 %	64,8 %	64,7 %	65 %	64 %
Sept. 2011	Okt. 2011	Nov. 2011	Dez. 2011	Jan. 2012	Feb. 2012	März 2012	April 2012
61,5 %	59,8 %	60,4 %	54 %	58,8 %	62,8 %	65,7 %	68 %
Mai 2012	Juni 2012	Juli 2012	Aug. 2012	Sept. 2012	Okt. 2012	Nov. 2012	Dez. 2012
68,8 %	67,8 %	64,4 %	62,8 %	63,5 %	61,1 %	64,1 %	65,1 %
Jan. 2013	Feb. 2013	März 2013	April 2013	Mai 2013	Juni 2013	Juli 2013	Aug. 2013
64,4 %	63,7 %	64,4 %	63,6 %	65,3 %	64,1 %	63,7 %	61,3 %
Sept. 2013	Okt. 2013	Nov. 2013	Dez. 2013	Jan. 2014	Feb. 2014	März 2014	April 2014
62,5 %	62,1 %	60,6 %	61,7 %	60,6 %	64,3 %	76,2 %	82,2 %
10. Mai 2014							
85,9 %							

Quelle: Umfragen des WZIAM <<http://wciom.ru/index.php?id=459&uid=114759>, 1. April 2014; <http://wciom.ru/index.php?id=459&uid=114824>, 16. Mai 2014>

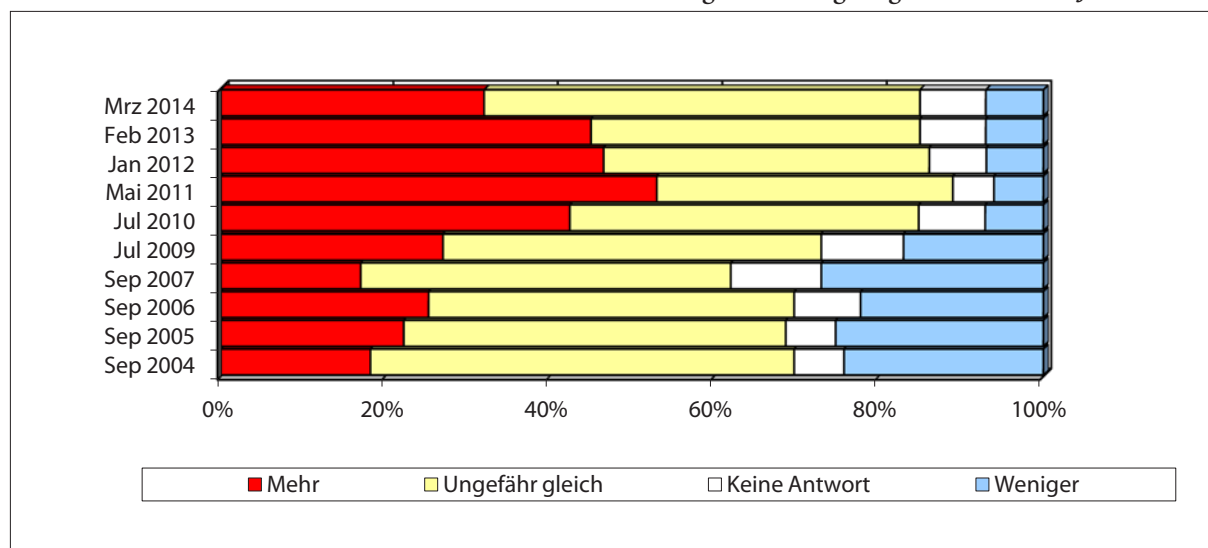
Tabelle 2: Die Rolle sozialer Institutionen im Leben Russlands
Welche Rolle spielt Ihrer Meinung nach aktuell im Leben Russlands...?*

	Jan. 2001	Jan. 2003	Jan. 2005	Feb. 2008	Jan. 2010	Jan. 2012	Jan. 2014
Präsident	3,90	3,96	3,92	4,51	4,03	3,87	4,21
»Oligarchie«, Banker, Finanzmänner	3,79	3,80	3,64	3,58	3,66	3,63	3,66
Präsidialadministration	2,90	3,10	3,28	3,96	3,60	3,51	3,58
FSB	3,21	3,31	3,41	3,78	3,55	3,61	3,54
Regierung	3,53	3,38	3,22	3,84	3,70	3,61	3,47
Massenmedien	3,52	3,53	3,39	3,43	3,32	3,36	3,40
Streitkräfte	3,28	3,29	3,21	3,62	3,46	3,42	3,39
Staatsanwaltschaft	2,90	2,97	3,13	3,43	3,35	3,26	3,31
Gouverneure	3,42	3,29	3,14	3,47	3,28	3,18	3,24
Justizorgane	2,80	2,91	3,01	3,27	3,16	3,17	3,20
Direktoren von Großunternehmen	3,35	3,15	3,12	3,27	3,09	3,10	3,16
Föderationsrat	2,99	2,93	2,93	3,41	3,18	3,10	3,15
Kirche	2,91	2,74	3,06	3,04	3,16	3,04	3,13
Polizei	–**	–**	–**	–**	2,99	3,10	3,11
Staatsduma	2,81	2,86	2,85	3,29	3,16	3,06	3,05
Politische Parteien	2,69	2,60	2,61	3,04	2,81	2,81	2,70
Intelligenz	2,53	2,44	2,42	2,67	2,42	2,42	2,47
Gewerkschaften	1,95	1,91	1,91	2,01	1,91	1,91	2,12
Allrussische Volksfront	–**	–**	–**	–**	–**	–**	2,59
Menschenrechtsbeauftragter	–**	–**	–**	–**	–**	–**	2,76
Menschenrechtsrat beim Präsidenten	–**	–**	–**	–**	–**	–**	2,80

* Einstufung auf einer fünfstufigen Skala von 1 – »praktisch keinen« bis 5 – »sehr groß«. Durchschnittswert der Antworten; ** Frage wurde nicht gestellt; Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 24.–27. Januar 2014, N = 1603. Veröffentlicht am 6. Februar 2014 unter: <<http://www.levada.ru/print/06-02-2014/rol-sotsialnykh-institutov-v-zhizni-rossii>>

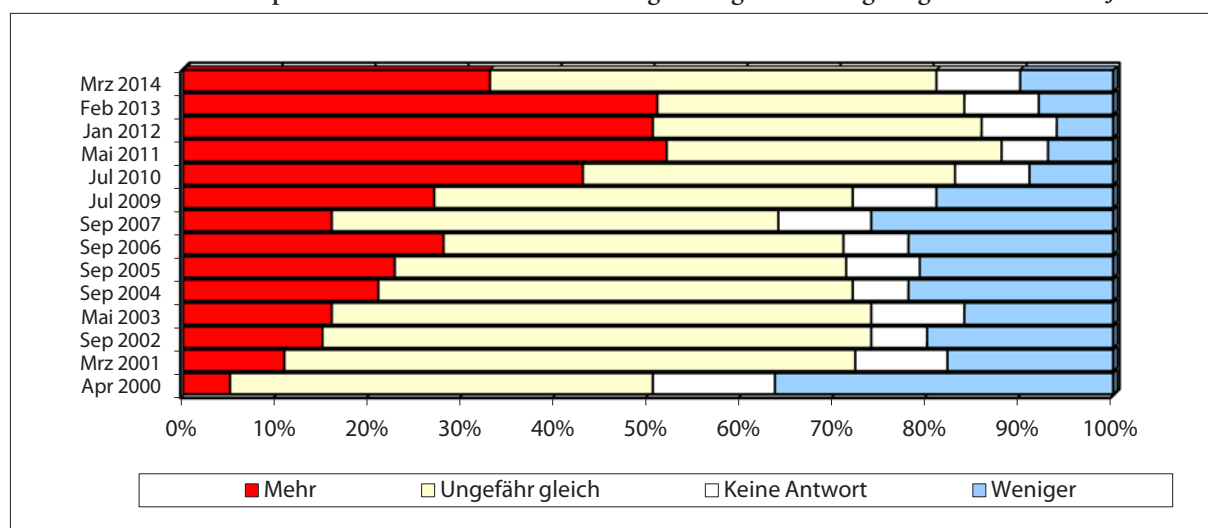
Korruption und Bürokratie

Grafik 2: Ist der Einfluss von Bürokratie und Beamten heute größer oder geringer als vor 10–12 Jahren?



Quelle: Umfrage des Lewada-Zentrums, 21.–24. März 2014 <<http://www.levada.ru/print/28-04-2014/korrupsiya-i-byurokratizm>, 2. Mai 2014>

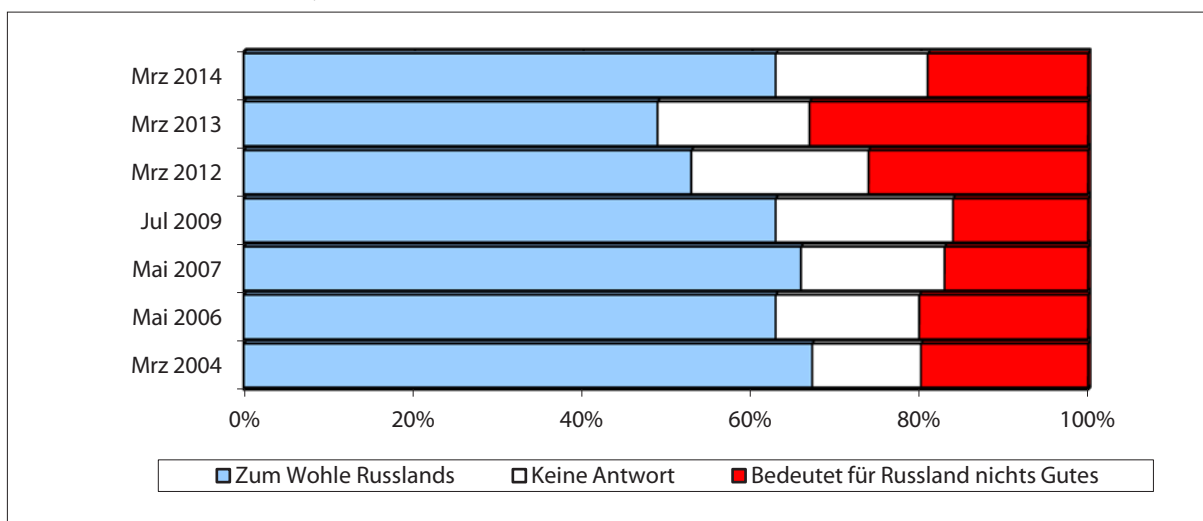
Grafik 3: Sind Korruption und Diebstahl in der Führung heute größer oder geringer als vor 10–12 Jahren?



Quelle: Umfrage des Lewada-Zentrums, 21.–24. März 2014 <<http://www.levada.ru/print/28-04-2014/korrupsiya-i-byurokratizm>, 2. Mai 2014>

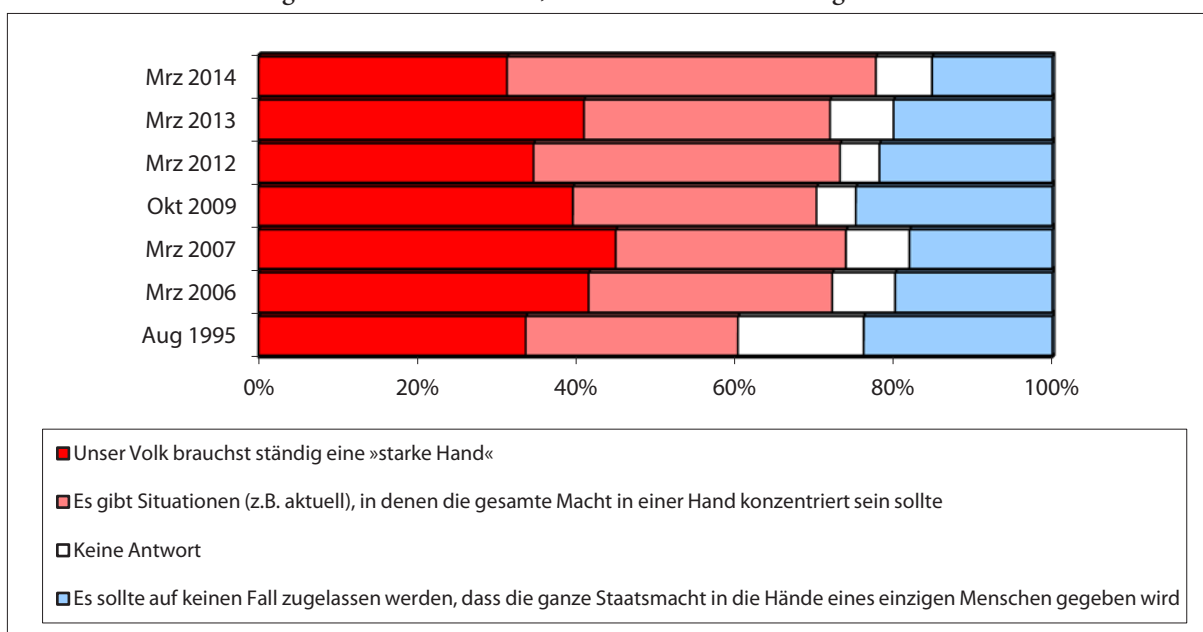
Die Russen über einen starken Führer

Grafik 4: Ist die Tatsache, dass praktisch die gesamte Staatsmacht des Landes in den Händen Wladimir Putins konzentriert ist, zum Wohle Russlands oder bedeutet das für Russland nicht Gutes?



Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 21.–24. März 2014, N = 1603. Veröffentlicht am 8. April 2014 unter: <<http://www.levada.ru/print/08-04-2014/rossiyane-o-silnom-lidere-i-edinovlastii>>

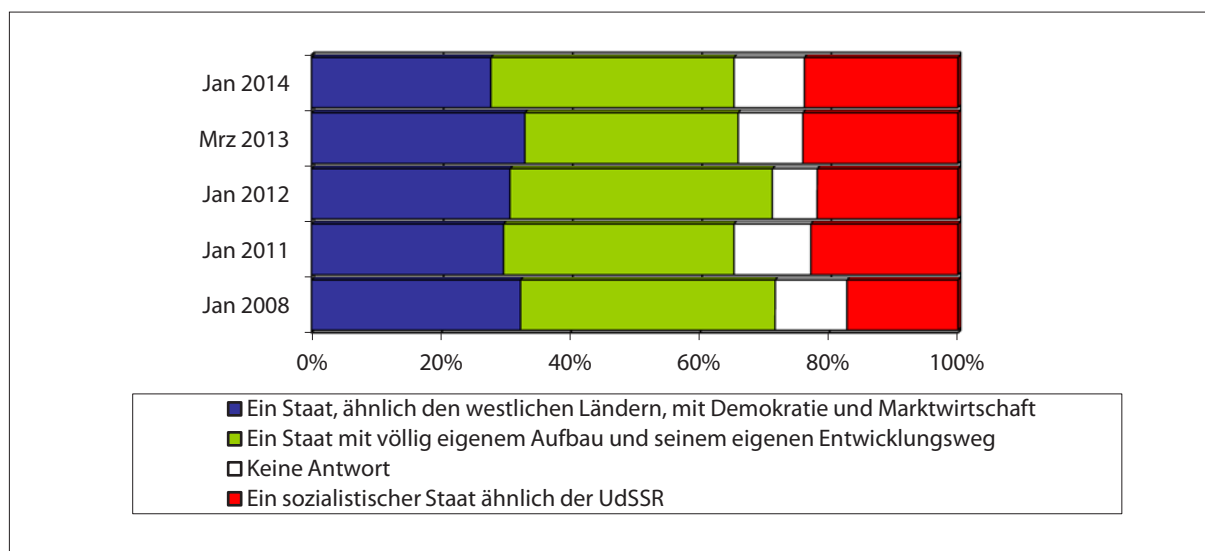
Grafik 5: Gibt es Ihrer Meinung nach Situationen im Leben eines Landes, in denen die Bevölkerung einen starken und gebieterischen Anführer, eine »starke Hand« benötigt?



Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 21.–24. März 2014, N = 1603. Veröffentlicht am 8. April 2014 unter: <<http://www.levada.ru/print/08-04-2014/rossiyane-o-silnom-lidere-i-edinovlastii>>

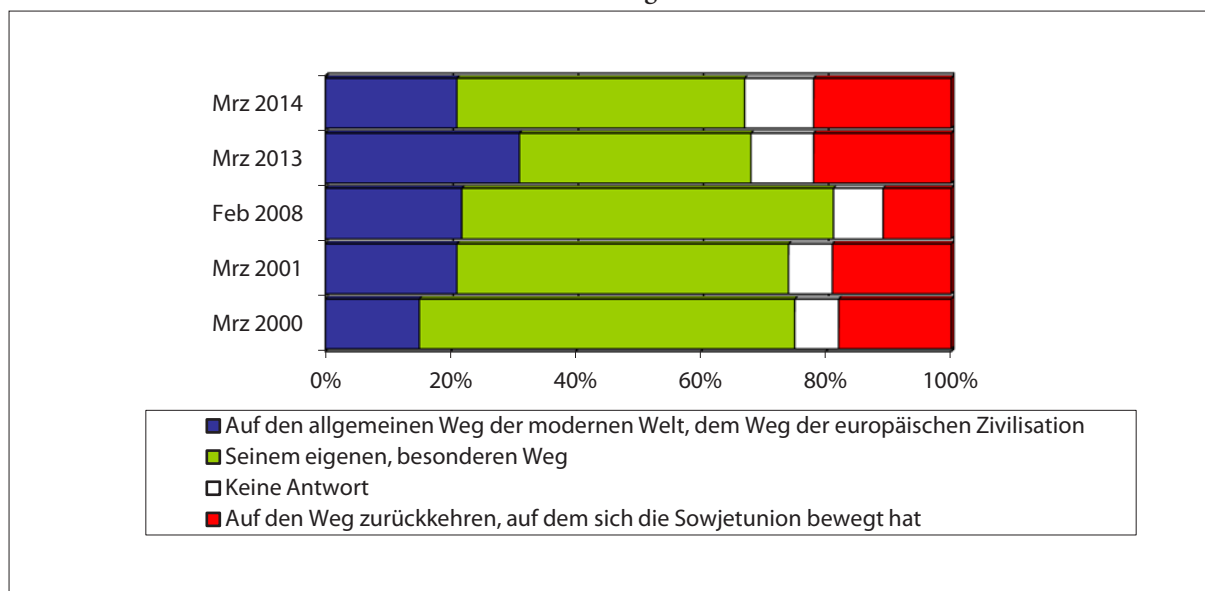
Russlands »Sonderweg«

Grafik 6: Welche Staatsform sollte Russland in Zukunft haben?



Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 21.–24. März 2014, N = 1603. Veröffentlicht am 7. April 2014 unter: <<http://www.lewada.ru/print/07-04-2014/osobyi-rossiiskii-put>>

Grafik 7: Welchem historischen Pfad sollte Russland folgen?



Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 21.–24. März 2014, N = 1603. Veröffentlicht am 7. April 2014 unter: <<http://www.lewada.ru/print/07-04-2014/osobyi-rossiiskii-put>>

Tabelle 3: Wenn Sie vom »Russischen Sonderweg« hören, was fällt Ihnen dazu ein?

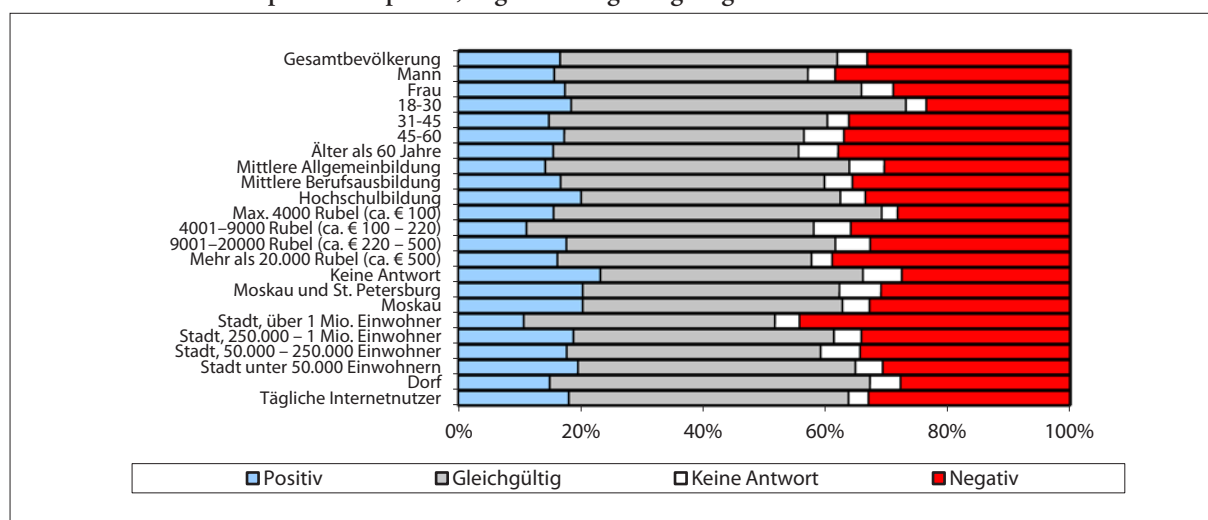
	Jan. 2008	Jan. 2011	Jan. 2012	März 2013	Jan. 2014
Die wirtschaftliche Entwicklung des Landes mit einer großen Rücksicht auf die Bevölkerung, statt den Gewinnen und Interessen der »Herren des Lebens«	34 %	39 %	42 %	30 %	31 %
Unvereinbarkeit der Werte und Traditionen Russlands mit dem Westen	22 %	16 %	18 %	19 %	23 %
Die Berücksichtigung einer geistigen, moralischen Seite der Beziehung zwischen Staat und Bürger in der Politik	18 %	19 %	20 %	15 %	19 %
Die Notwendigkeit, ständig solche Faktoren wie die feindliche Umgebung des Landes und die Gefahr eines Angriffs zu berücksichtigen	9 %	5 %	11 %	8 %	11 %
Die Bereitschaft zur Aufopferung der Staatsbürger für die Größe des russischen Staates	7 %	8 %	7 %	5 %	6 %
Die russische Entwicklung sollte sich nicht von der Entwicklung anderer Staaten unterscheiden	9 %	6 %	8 %	7 %	6 %
Die Interessen der Staatsmacht dominieren über den Interessen der Bevölkerung	7 %	9 %	7 %	7 %	4 %
Keine Ahnung, worin genau sich der »Sonderweg« ausdrückt, mir fällt nichts ein	16 %	15 %	16 %	17 %	15 %
Habe nicht dazu gehört	11 %	11 %	8 %	11 %	13 %
Keine Antwort	9 %	7 %	6 %	8 %	7 %

Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 21.–24. März 2014, N = 1603. Veröffentlicht am 7. April 2014 unter: <<http://www.lewada.ru/print/07-04-2014/osobyi-rossiiskii-put>>

Russland in der Welt

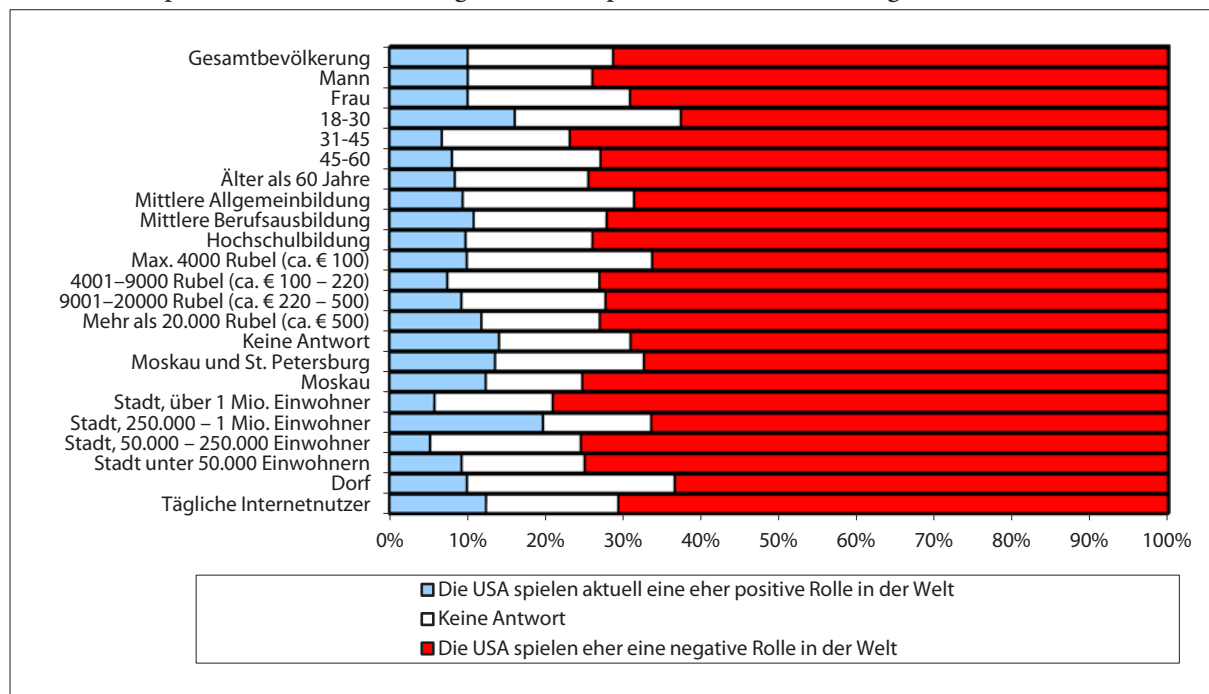
Die Beziehungen zwischen Russland und den USA

Grafik 8: Stehen Sie persönlich positiv, negativ oder gleichgültig zu Amerika?



Quelle: Umfragen der Stiftung Öffentliche Meinung vom 15.–16. März 2014, N = 1500. Veröffentlicht am 26. März 2014 unter: <<http://fom.ru/Mir/11426>>

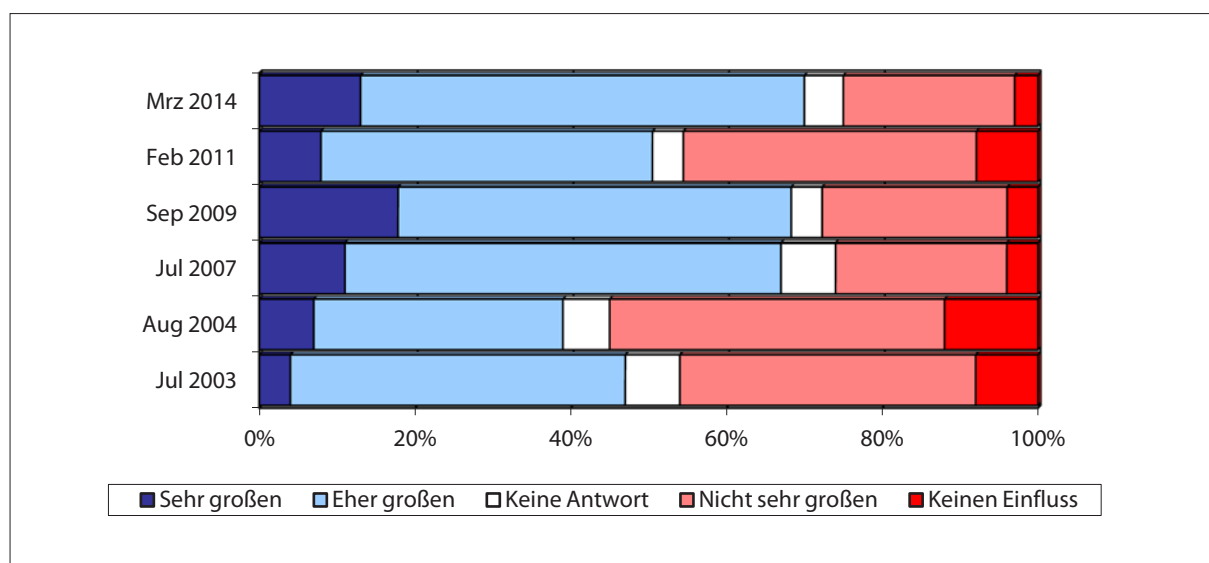
Grafik 9: Spielen die USA in der heutigen Welt eine positive Rolle oder eine negative Rolle?



Quelle: Umfragen der Stiftung Öffentliche Meinung vom 15.-16. März 2014, N = 1500. Veröffentlicht am 26. März 2014 unter: <http://fom.ru/Mir/11426>

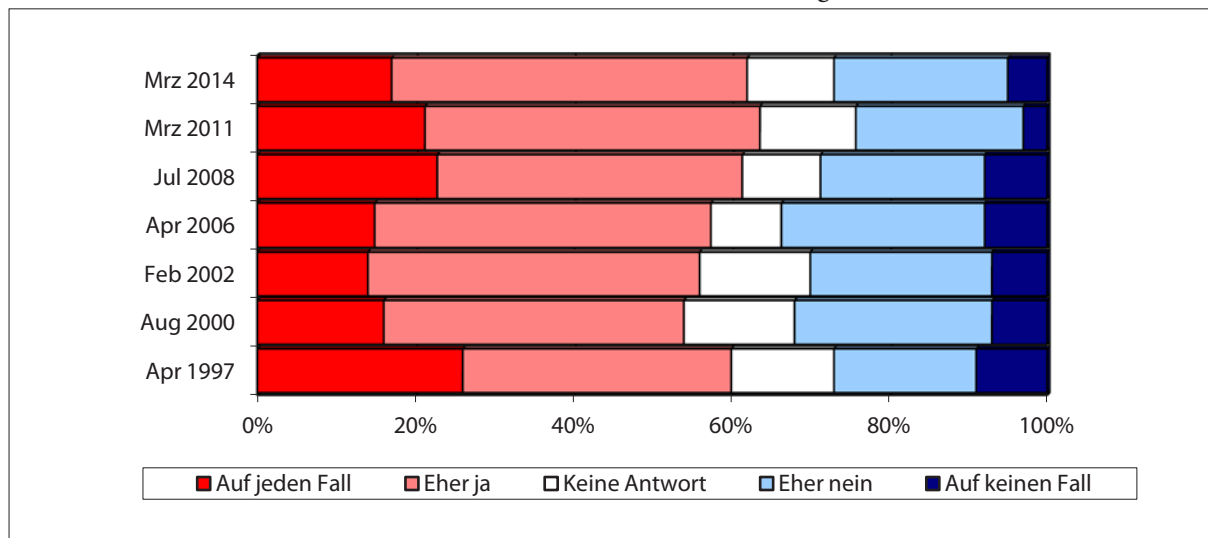
Russlands Einfluss in der Welt und der G8-Status

Grafik 10: Welchen Einfluss hat Russland heute in der Welt?



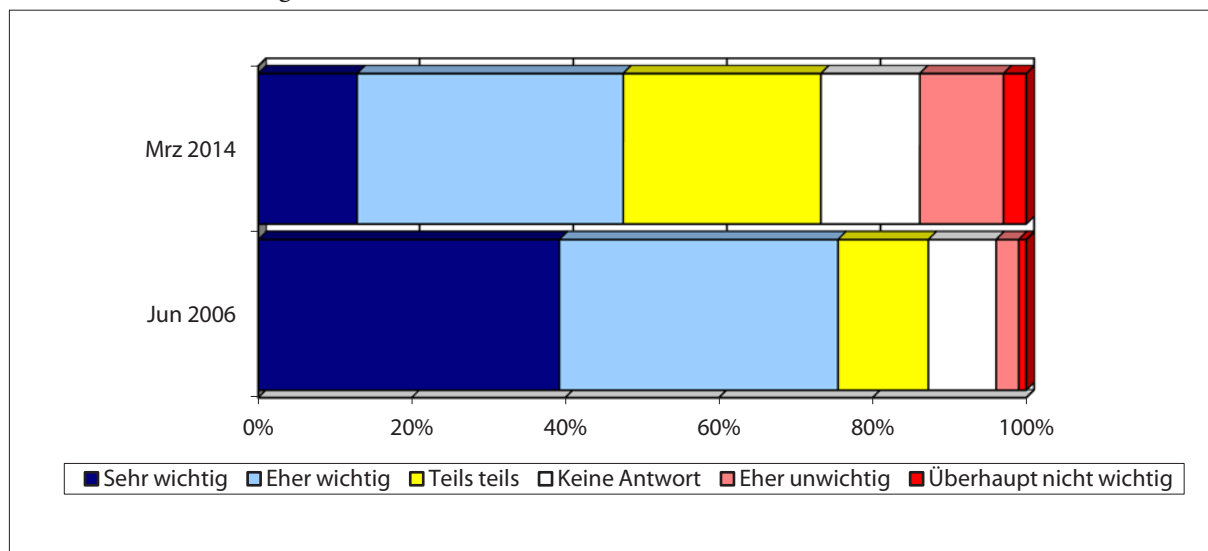
Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 21.-24. März 2014, N = 1603. Veröffentlicht am 2. April 2014 unter: <http://www.levada.ru/print/02-04-2014/otnoshenie-rossiyan-k-drugim-stranam>

Grafik 11: Gibt es Gründe für Russland, die Länder des Westens, die Mitglieder der NATO sind, zu fürchten?



Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 21.–24. März 2014, N = 1603. Veröffentlicht am 2. April 2014 unter: <<http://www.levada.ru/print/02-04-2014/otnoshenie-rossiyan-k-drugim-stranam>>

Grafik 12: Ist es wichtig für Russland und seine Zukunft, Teil der G8 zu sein?



Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 21.–24. März 2014, N = 1603. Veröffentlicht am 11. April 2014 unter: <<http://www.levada.ru/print/11-04-2014/uchastie-rossii-v-bolshoi-vosmerke>>

Die Krim nach dem Zerfall der Sowjetunion: Aufstieg und Niedergang der prorussischen Bewegung (1991–1995)

Zur Vorgeschichte der Krim-Krise

Jan Zofka, Leipzig

Zusammenfassung

Im Zuge des Zerfalls der Sowjetunion entstand auf der Krim eine prorussische Bewegung. Deren Mobilisierung kulminierte im Wahlsieg des Wahlbündnisses »Block Russland« bei den Parlaments- und Präsidentschaftswahlen im Frühjahr 1994. Aufgrund ihrer internen Schwäche und einer nur begrenzten Unterstützung aus Moskau zerfiel die prorussische Bewegung aber kurz nach ihrer Machtübernahme weitgehend wieder. Nicht nur, weil einige Überreste von Organisationen und institutionelle Kontinuitäten bis in die heutige Zeit reichen, kann bei der Analyse der jetzigen Geschehnisse ein Blick zurück hilfreich sein. Damals waren die Konfliktlinien fragmentiert, und die Akteure vor Ort spielten eine bedeutende Rolle; auch diese zentralen Erkenntnisse können womöglich zu einer Differenzierung der Debatte über die aktuelle Situation beitragen.

Krim – der Blick zurück

So überraschend die blitzartige Besetzung der Krim durch Soldaten Russlands und die Regierungsübernahme durch prorussische Nationalisten im Februar 2014 auch gekommen sein mag – sie hat eine Vorgeschichte, die zwei Jahrzehnte zurückliegt. Nach der Unabhängigkeit der Ukraine im August 1991 wandten sich viele Bewohner der Krim gegen die Zugehörigkeit der Halbinsel zu dem neuen Staat. Aktivisten gründeten autonomistische, prorussische oder separatistische Organisationen, hielten Kundgebungen ab und organisierten Unterschriftensammlungen. Im Frühjahr 1994 gewann das Wahlbündnis »Block Russland« mit großer Mehrheit die Parlaments- und Präsidentschaftswahlen auf der Krim. In den Monaten nach der Machtübernahme auf der Halbinsel zerstritten sich die prorussischen Organisationen und Politiker aber so sehr, dass die ukrainische Regierung als Schlichter agieren und den Bestrebungen einer Annäherung an Russland die Spitze nehmen konnte. Über den Zerfall von 1995 hinaus blieben aber einige organisatorische Überreste der Bewegung und eine weit verbreitete (oft diffus-kulturelle) Russland-Orientierung erhalten.

Die Autonomie der Krim

Die Diskussion um den Status der Krim hatte bereits vor dem Zerfall der Sowjetunion begonnen. Die Reformen der Perestrojka hatten den überkommenen Modus der Machtverteilung in Frage gestellt und damit eine »Parade der Souveränitäten« ausgelöst. In vielen Verwaltungseinheiten versuchten die regionalen Eliten die Machtverteilung zu ihren Gunsten zu verändern und den Status »ihres« Gebiets zu verbessern. Diese gesamt-sowjetische Entwicklung führte auf der Krim zu einem Autonomiereferendum. Über 90 % der Wählerinnen

und Wähler stimmten im Januar 1991 für den neuen Status der Halbinsel. Im Laufe desselben Jahres wurde die Ukraine zum unabhängigen Staat. Bei dem ukrainischen Referendum im Dezember stimmten auch auf der Krim 54 % der Wähler für die Unabhängigkeit. Der Autonomiestatus der Halbinsel, mit den zugehörigen Institutionen eines Parlaments und einer Regierung, blieb erhalten. Die Institutionen der Autonomie spielten auch bei der aktuellen Übernahme der Krim durch Russland eine wichtige Rolle: Das (von Bewaffneten besetzte) Parlament der Autonomen Republik ernannte im Februar 2014 den russischen Nationalisten Sergej Aksjonow zum Regierungschef der Krim, setzte im März ein Referendum über den Status der Krim an, und beschloss dann gleich selbst den Beitritt zur Russischen Föderation.

Die prorussische Bewegung 1991–1995

Zwanzig Jahre zuvor hatten schon einmal russische Nationalisten die Institutionen der Autonomie erobern können. Der »Block Russland« gewann die Parlamentswahl 1994 und sein Kandidat Jurij Meschkow errang mit deutlichen 72,9 % der Stimmen das Amt des Präsidenten der Krim. Unmittelbar danach begann aber ein hartes Ringen um Kompetenzen zwischen dem prorussisch dominierten Parlament und dem prorussischen Präsidenten der autonomen Republik. Wurde anfangs um Kompetenzen gerungen, sprachen sich die Vertreter beider Institutionen bald gegenseitig die Legitimität ab. Da die sich bekriegenden Fraktionen um Hilfe beim neugewählten (vergleichsweise Russland-orientierten) Präsidenten der Ukraine, Leonid Kutschma, nachsuchten, hatte dieser die Chance als lachender Dritter ein Machtwort zu sprechen. Per Dekret erklärte Kutschma im März 1995 das Parlament für aufgelöst und das Präsidentenamt auf der Krim für abgeschafft.

Die Auseinandersetzungen in der prorussischen Bewegung kamen nicht gänzlich aus heiterem Himmel: Die Bewegung hatte sich zuvor mehrfach gespalten und im »Block Russland« hatten die rivalisierenden Fraktionen nur zusammengefunden, um die Wahlen gewinnen zu können. Die Fragilität resultierte nicht zuletzt daraus, dass die Bewegung relativ arm an Ressourcen war, da die mächtigen alten Eliten aus Wirtschaft und der Kommunistischen Partei zum großen Teil vorsichtig auf Distanz geblieben waren. Den Kern der Aktivisten machten Akademiker, Kleinunternehmer und Veteranen des Afghanistankrieges aus, die sich in den sozialen Bewegungen der Perestroika politisiert hatten. Sie waren in den späten 1980er Jahren beispielsweise in der geschichtspolitischen, antistalinistischen Organisation Memorial, in der Umweltbewegung »Ökologie und Frieden« oder in einer der demokratisch-autonomistischen Gruppierungen der Krim aktiv gewesen, bevor sich ein Teil von ihnen 1991 in der »Republikanischen Bewegung der Krim« und weiteren prorussischen Organisationen zusammenschloss. Nach dem Verlust der Macht 1995 zerfielen die meisten dieser Organisationen wieder. Einzig die kulturpolitische »Russische Gemeinde der Krim« existiert bis heute. Ihre Führung beteiligte sich 2009 an der Gründung der »Russischen Einheit«, also jener Partei, die im März 2014 ohne parlamentarische Mehrheit und wohl nicht ohne Unterstützung aus Russland die Macht auf der Krim übernehmen konnte.

Unterstützung aus Russland

Unterstützung aus Russland erhielt auch schon die fragile prorussische Koalition der 1990er Jahre. Insbesondere politische Strukturen um das von Nationalisten dominierte Parlament Russlands arbeiteten mit der Bewegung auf der Krim zum Teil eng zusammen und gewährten finanzielle Hilfe. Insgesamt scheint die damalige Unterstützung aus Russland aber durchaus begrenzt gewesen zu sein: Die lokalen Akteure wandten sich an Politiker in Russland um finanzielle Hilfe – davon, dass »Moskau« die Organisationen selbst aufgebaut und dirigiert hätte, kann man nicht ausgehen. Öffentlich bekam der Krim-Separatismus Unterstützung von den nationalistischen Kräften in der Staatsduma, nicht im selben Maße aber durch die Präsidialadministration. So wies Jelzin beispielsweise eine Resolution des Parlaments, die Sewastopol zur russischen Stadt erklärte, deutlich zurück. Noch weniger gab es in den 1990er Jahren einen russischen Militäreinsatz zugunsten der prorussischen Separatisten. Die in Sewastopol stationierte Schwarzmeerflotte war unmittelbar nach dem Zerfall der UdSSR auch kaum einsatzfähig. Sie war zwischen der Ukraine und Russland umstritten und befand sich bis zum Abkommen von 1997 unter einem Doppelkommando beider Staa-

ten. Die Schockwellen der politischen Auseinandersetzungen um die Flotte fanden ihren Durchschlag jeweils auch auf den Schiffen – ein Teil der Matrosen hisste die Andreas-Flagge, die Marineflagge der Russischen Föderation und zuvor des Russischen Reiches, während ein (kleinerer) Teil den Eid auf die Ukraine ablegte.

Sewastopol: rechtliche Sonderstellung und Kiews erfolgreiche Personalpolitik in der »Stadt des russischen Ruhms«

Der Stützpunkt der Schwarzmeerflotte, die Hafenstadt Sewastopol, hatte traditionell eine Sonderstellung, die auch heute weiterbesteht. Bei der feierlichen Zeremonie zum Beitritt der Krim zur Russischen Föderation am 18. März 2014 in Moskau, saß am Tisch der Unterzeichnenden neben Putin und den Vorsitzenden von Parlament und Regierung der Krim noch ein Mann im Pullover – der kurz zuvor zum »Volksbürgermeister« von Sewastopol ausgerufen Alexej Tschalyj. Neben der Autonomen Republik Krim trat nämlich auch die Hafenstadt Sewastopol der russischen Föderation bei; sie war rechtlich und institutionell kein Teil der Autonomie. Vielmehr befand und befindet sich die Hafenstadt unter direkter Kontrolle des Zentrums – vormals Moskaus, dann Kiews und nun wohl als »Stadt föderaler Bedeutung« wieder unter der Kontrolle Moskaus. 1948 hatte Moskau die von Rüstungsindustrie und der Schwarzmeerflotte geprägte Stadt aus dem damaligen Verwaltungsgebiet Krim ausgegliedert und dem Zentrum unterstellt. Den Sonderstatus behielt die Stadt auch, als die sowjetische Führung die Krim 1954 von der Russischen zur Ukrainischen Sowjetrepublik transferierte. Zudem beschränkte die sowjetische Regierung Möglichkeiten des Zuzugs und von Besuchsreisen nach Sewastopol: Die als strategisch wichtig angesehene Stadt wurde zu einer »geschlossenen Stadt«. Die Sonderstellung spiegelte sich auch auf der Ebene von Erinnerungskultur und Ideologie: Die »Stadt des russischen Ruhms« hatte den Status einer »Heldenstadt«. Die Höhepunkte des sowjetisch-russischen Geschichtsnarrativs über Sewastopol waren und sind die zwei »Verteidigungen« im Krim-Krieg und im Zweiten Weltkrieg.

Nach dem Zerfall der Sowjetunion übernahm die neue, unabhängige Republik Ukraine das Regime der direkten zentralen Kontrolle über die Stadt. Sewastopol wurde weiterhin nicht von gewählten Volksvertretern, sondern von einem entsandten Präsidentenvertreter regiert. Bei der Besetzung der Posten setzte die ukrainische Regierung aber keineswegs auf ukrainische Nationalisten aus der West-Ukraine, wie das die prorussischen Organisationen im lokalen politischen Gefecht in Sewastopol gern behaupteten. Vielmehr betraute Kiew mit der Verwaltung der Hafenstadt Politiker, die im sow-

jetkonservativ-großrussisch-imperialen Mainstream der Stadt tief verankert waren. Gerade diese Art Politiker war imstande, vor Ort die Ambitionen der stellenweise durchaus mobilisierungsfähigen prorussischen Organisationen klein zu halten. Die Personalpolitik Kiews in Sewastopol ist nur ein Beispiel dafür, dass sich klare ideologische oder gar »ethnische« Konfliktlinien zwischen (pro)ukrainischen und (pro)russischen Eliten nur schwerlich ziehen lassen. Die meisten Mitglieder der Elite auf der Krim vertraten ihre Interessen in wechselnden Koalitionen und in Abhängigkeit von institutionellen Gegebenheiten, auch wenn eine vorpolitisch-kulturelle Russland-Orientierung weit verbreitet war.

Schlussfolgerungen

Was lässt sich aus den Geschehnissen Anfang der 1990er für heute als Erkenntnis ableiten – abgesehen von dem Wissen um personelle und institutionelle Kontinuitäten? Zum einen lässt sich für die damalige Situation sagen: *local actors matter*. Prorussische Mobilisierung und die Konflikte in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion als eine Intrige des Kremls darzustellen, greift zu kurz. Will man sich einem Verständnis der post-

sowjetischen Territorialkonflikte annähern, müssen die Struktur lokaler und regionaler Allianzen ebenso wie die oft spannungsreichen Beziehungen zwischen prorussischen Bewegungen und politischen Kräften bzw. Staatsorganen in Russland betrachtet werden (einmal ganz abgesehen von Regierungspolitiken und nationalistischer Mobilisierung auf der »anderen« Seite). Ohne die institutionellen und politischen Strukturen vor Ort sind die Interventionen Moskaus in der gegebenen Form nicht vorstellbar. Zum zweiten lässt sich sagen, dass Vorstellungen von klaren Konfliktlinien, vor allem von »ethnischen Konflikten« wenig zur Erhellung beitragen. Die Parteinahmen von (Eliten-)Akteuren folg(t)en in vielen Fällen institutionellen Kanälen oder ökonomischen Interessen, während die zugeschriebene Nationalität nicht ausschlaggebend war. Diesen Überlegungen folgend bleibt es für Forschung und journalistische Beobachtung auch in der heutigen Situation sinnvoll, die Akteure im Einzelnen in den Blick zu nehmen, mit ihren Ambitionen, Interessen und politischen Sozialisationen, anstatt die von den Handelnden meist selbst eingeführten Kategorien von historischen kollektiven Zugehörigkeiten zu übernehmen.

Über den Autor

Dr. Jan Zofka ist Historiker und forscht derzeit am Geisteswissenschaftlichen Zentrum für Geschichte und Kultur Ostmitteleuropas in Leipzig zu den Wirtschaftsbeziehungen der RGW-Staaten mit der Volksrepublik China nach 1949. Seine Dissertation zu den prorussischen Bewegungen auf der Krim und im moldauischen Dnjestr-Tal (1989–1995) erscheint voraussichtlich Ende 2014.

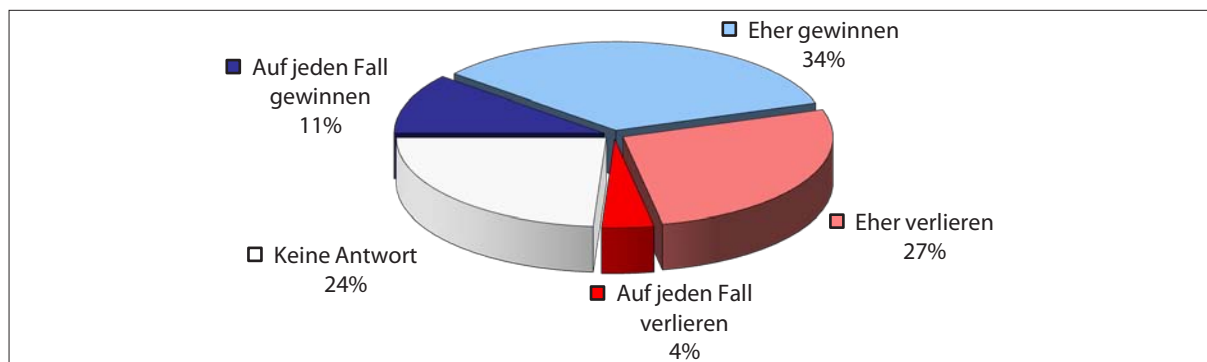
Lesetipps:

- Drohobycky, Maria (Hg.): *Crimea. Dynamics, challenges, and prospects*, Lanham 1995.
- Marples, David R., David F. Duke: *Ukraine, Russia, and the Question of Crimea*, in: *Nationalities Papers* 23.1995, Nr. 2, S. 261–289.
- Sasse, Gwendolyn: *Die Autonome Republik Krim zwischen Separatismus und Einheitsstaat*, in: Gerhard Simon (Hg.): *Die neue Ukraine. Gesellschaft – Wirtschaft – Politik (1991–2001)*, Köln 2002, S. 127–147.
- Sasse, Gwendolyn: *The Crimea Question. Identity, Transition and Conflict*, Cambridge 2007.
- Zofka, Jan: *Zurück zum Mutterland*, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 27.4.2014; <<http://www.faz.net/aktuell/politik/die-gegenwart/ukraine-zurueck-zum-mutterland-12912445.html>>.

UMFRAGE

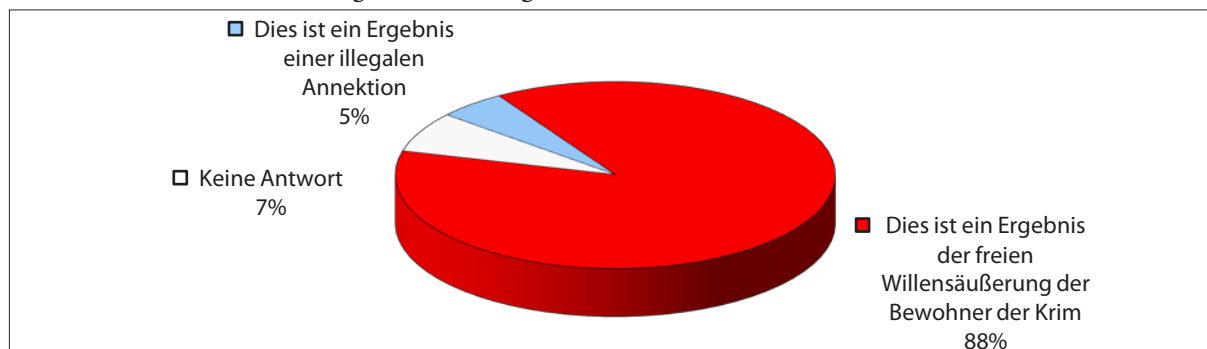
Russen über die Ukraine-Krise

Grafik 13: Wird Russland den Informationskrieg mit dem Westen über die Ukraine und die Krim gewinnen oder verlieren?



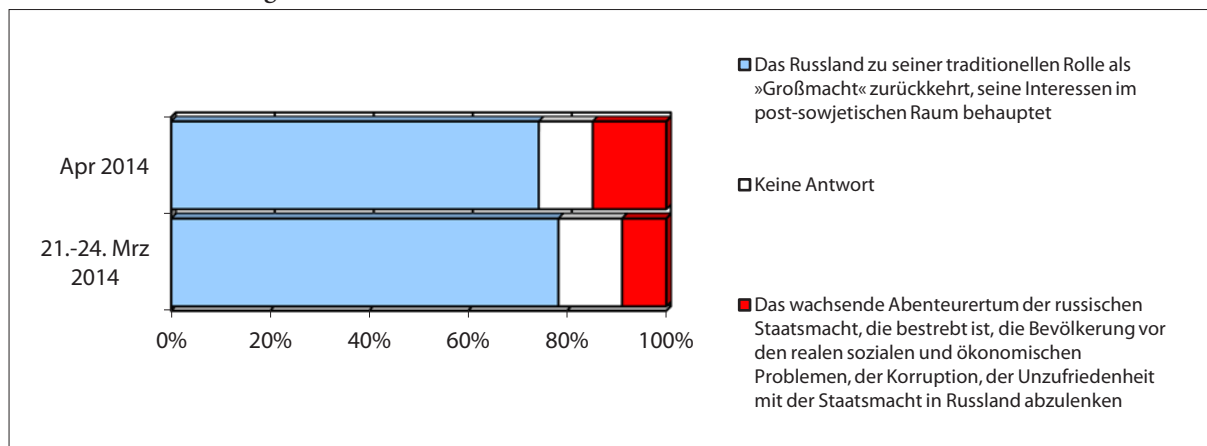
Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 25.–28. April 2014, N = 1602. Veröffentlicht am 6. Mai 2014 unter: <<http://www.lewada.ru/print/06-05-2014/rossiyane-ob-ukrainskikh-sobytiyakh>>

Grafik 14: Mit welcher der folgenden Meinungen zum Beitritt der Krim zu Russland stimmen Sie eher überein?



Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 25.–28. April 2014, N = 1602. Veröffentlicht am 6. Mai 2014 unter: <<http://www.lewada.ru/print/06-05-2014/rossiyane-ob-ukrainskikh-sobytiyakh>>

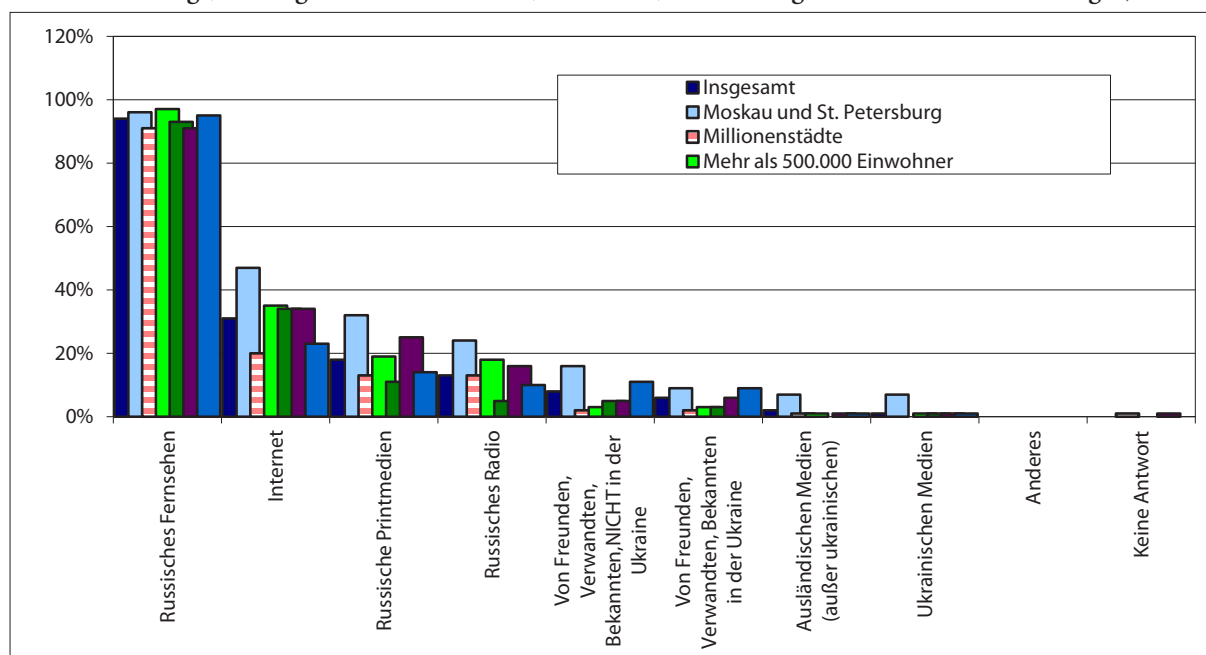
Grafik 15: Was bezeugt der Beitritt der Krim zu Russland am ehesten?



Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 25.–28. April 2014, N = 1602. Veröffentlicht am 6. Mai 2014 unter: <<http://www.lewada.ru/print/06-05-2014/rossiyane-ob-ukrainskikh-sobytiyakh>>

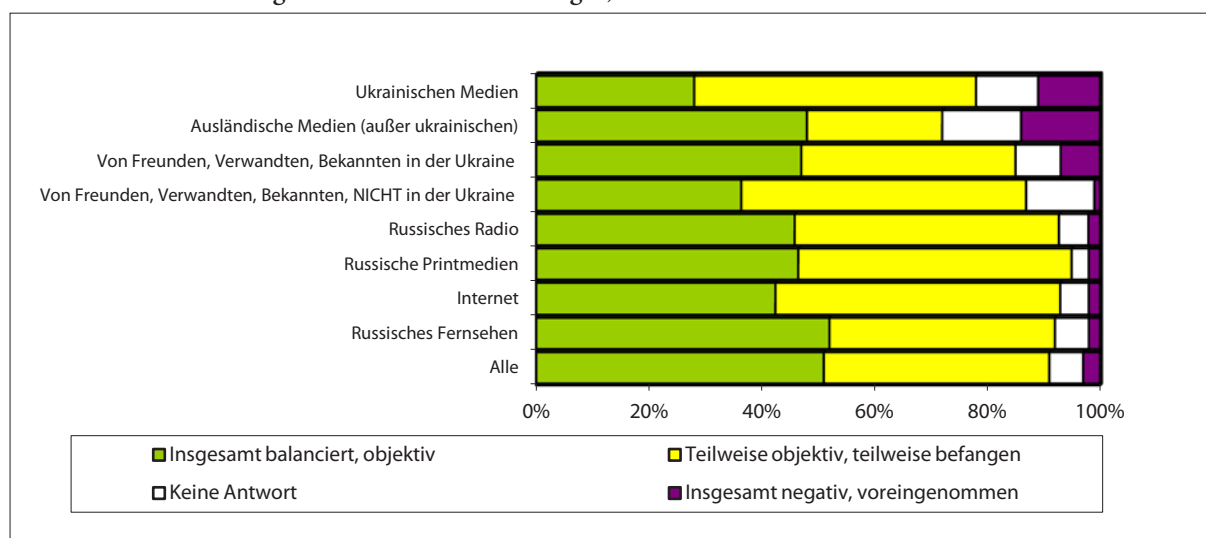
Die Ereignisse in der Ukraine: kann man den Informationen in den Massenmedien glauben?

Grafik 16: Woher erhalten Sie im wesentlichen Informationen zu den Ereignissen in der Ukraine? (geschlossene Frage, beliebige Zahl an Antworten, in % derer, die die Ereignisse in der Ukraine verfolgen)



Quelle: Umfragen des WZIAM vom 26.–27. April 2014, N = 1600. Veröffentlicht am 14. Mai 2014 unter: <<http://wciom.ru/index.php?id=459&uid=114821>>

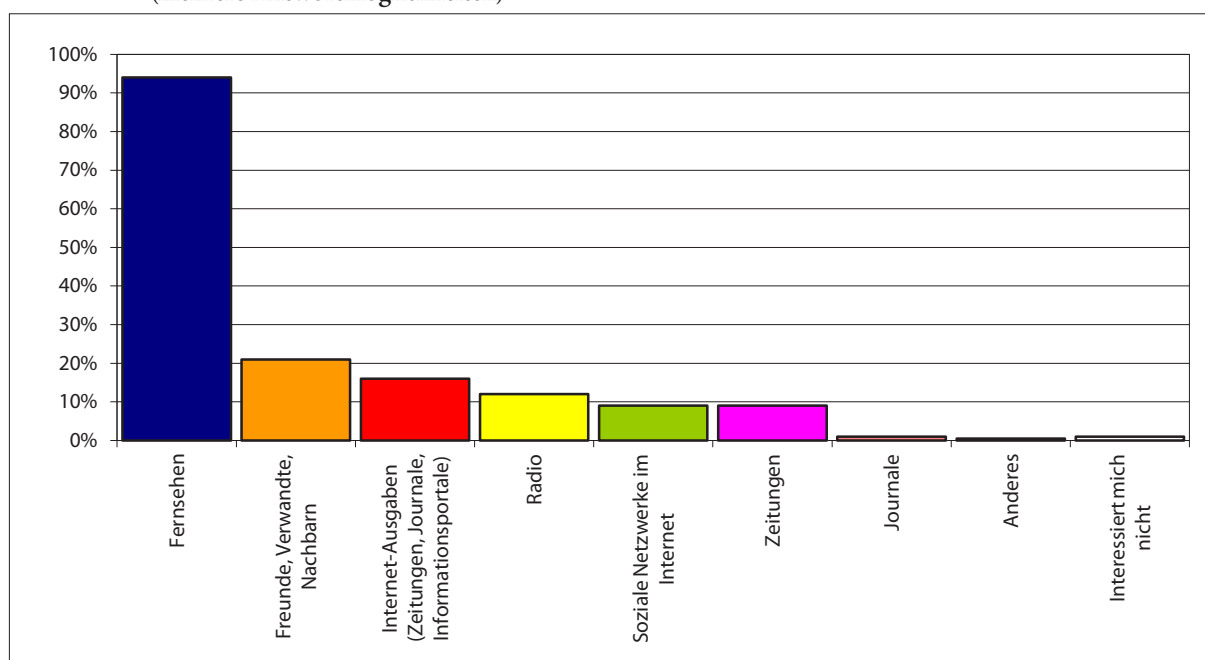
Grafik 17: Wie würden Sie den Charakter der Informationsvermittlung über die Ereignisse in der Ukraine in den russischen Massenmedien bewerten? (geschlossene Frage, eine Antwortmöglichkeit, in % derer, die die Ereignisse in der Ukraine verfolgen)



Quelle: Umfragen des WZIAM vom 26.–27. April 2014, N = 1600. Veröffentlicht am 14. Mai 2014 unter: <<http://wciom.ru/index.php?id=459&uid=114821>>

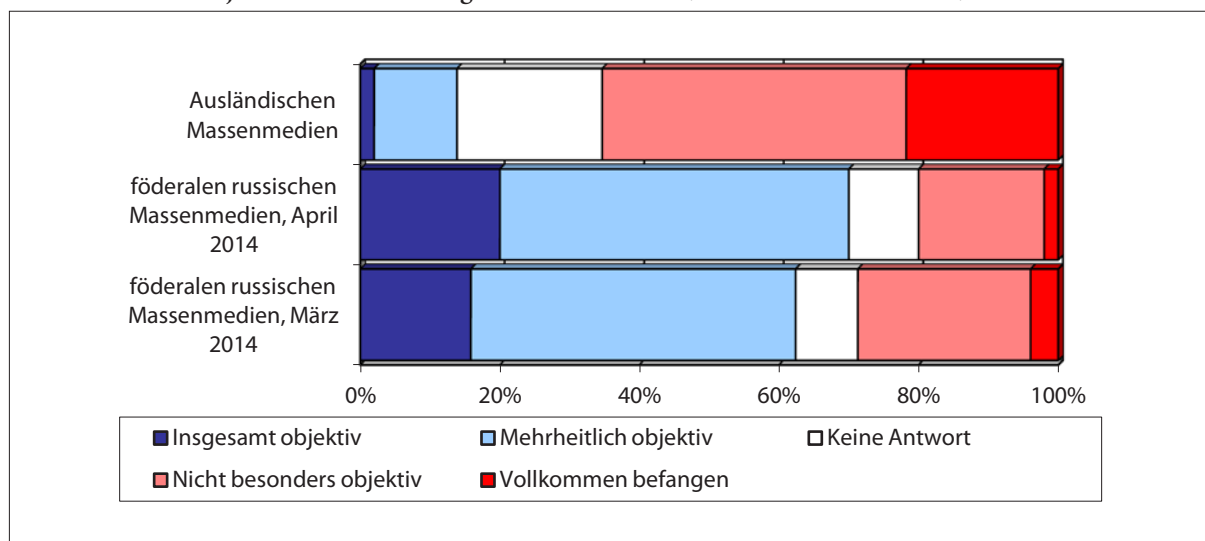
Russen über die Berichterstattung über die Ukraine

Grafik 18: Woher erfahren Sie im wesentlichen von den Ereignissen in der Ukraine und auf der Krim? (mehrere Antwortmöglichkeiten)



Quelle: Umfragen des Levada-Zentrums vom 25.–28. April 2014, N = 1602. Veröffentlicht am 12. Mai 2014 unter: <<http://www.levada.ru/print/12-05-2014/rossiyane-ob-osveshchenii-ukrainskikh-sobytiy-i-sanktsiyakh>>

Grafik 19: Wie objektiv werden die Ereignisse in der Ukraine, auf der Krim beleuchtet, von den ...



Quelle: Umfragen des Levada-Zentrums vom 25.–28. April 2014, N = 1602. Veröffentlicht am 12. Mai 2014 unter: <<http://www.levada.ru/print/12-05-2014/rossiyane-ob-osveshchenii-ukrainskikh-sobytiy-i-sanktsiyakh>>

Zum 70. Jahrestag der Deportation der Krimtataren

Alljährlich am 18. Mai begehen die Krimtataren den Jahrestag ihrer Deportation. Im Mai 1944 wurden auf Befehl Stalins mehr als 180.000 Menschen als »Kollaborateure« in Viehwaggons verladen und nach Zentralasien verschickt. Mehr als ein Drittel der Zivilisten überlebte den Abtransport nicht. Nach dem Tod Stalins wurden die Krimtataren zwar rehabilitiert, durften aber bis Ende der 1980er Jahre nicht, in ihre Heimatorte zurückzukehren. Seit 23 Jahren wird der 18. Mai als großer Gedenktag mit Massenkundgebungen in Simferopol begangen. Die neue prorussische Regierung auf der Krim verkündete am 16. Mai, alle öffentliche Versammlungen seien bis zum 6. Juni verboten und sagte zum ersten Mal seit dem Zerfall der Sowjetunion die Gedenkveranstaltung der Krimtataren ab. Kurz zuvor wurde dem krimtatarischen Abgeordneten des ukrainischen Parlaments Mustafa Dschemiljew, der zu Sowjetzeiten wegen seines Kampfes für die Rechte der Krimtataren insgesamt 15 Jahre im Lager verbringen musste, die Einreise auf die Halbinsel verweigert. Aufgrund des Boykotts des Krimreferendums sowie wegen seiner kompromisslosen Haltung gegen den Beitritt zu Russland erhielt Dschemiljew für fünf Jahre Einreiseverbot nach Russland. Diese Entscheidung löste in der krimtatarischen Diaspora eine Protestwelle aus; die Krimtataren organisierten Anfang Mai eine Massendemonstration und blockierten dabei eine föderale Autobahn. Mehrere der Protestierenden wurden festgenommen. Gegen sie leitete die Staatsanwaltschaft strafrechtliche Verfahren ein. Um eine neue Massendemonstration zum 70. Jahrestag der Deportationen zu verhindern, wurden sämtliche Straßen und der Hauptplatz von Simferopol mit Polizeifahrzeugen und von russischen Sondereinsatzkräften der OMON abgeriegelt. Die russische Blogosphäre diskutiert daher über aktuelle Ereignisse auf der Krim und Geschichte der Deportation von Krimtataren.

»Der 46-jährige Krimtatare Musa Mamut hat sich mit Benzin übergossen und angezündet...«. Aus der »Chronik der laufenden Ereignisse« 1968–1983

Die Journalistin Natella Boltjanskaja hat in ihrem Blog bei »Echo Moskwy« Texte zum Kampf der Krimtataren um das Rückkehrrecht und Interviews von Zeitzeugen veröffentlicht, die zu sowjetischer Zeit in der Samisdat-Zeitschrift »Chronik der laufenden Ereignisse« verbreitet wurden. »[...] Nr. 2 vom 30 Juni 1968: „Im Jahr 1944 wurde unser ganzes Volk verleumderisch des Vaterlandsverrats beschuldigt und gewaltsam aus der Krim ausgesiedelt. [...] Im Laufe eines Tages, des 18. Mai, wurden rund 200.000 [...] Frauen, Kinder und Invaliden ohne Vorwarnung durch NKWD-Truppen aus den Häusern vertrieben, auf Transportzüge verladen und unter Bewachung in Reservate abtransportiert [...] Nach dem 20. Parteitag der KPdSU wurde von unserem Volk der Verbannungsstatus genommen, aber nicht die Anschuldigung wegen Vaterlandsverrats. Eine Rückkehr auf die Krim war jedoch weiterhin nicht erlaubt. Von 1957 bis 1967 haben wir an das ZK der KPdSU und das Präsidium des Obersten Sowjets der UdSSR hunderttausende individuelle und kollektive Briefe mit der Forderung geschickt, das Unrecht zu beenden. Die Vertreter unseres Volkes in Moskau sind nach beharrlichen Anfragen von leitenden Vertretern aus Partei und Regierung empfangen worden. Jedes Mal hat man uns eine schnelle Lösung der krimtatarischen Frage versprochen, doch stattdessen folgten Arreste, Aussiedlungen, Entlassungen und Ausschlüsse aus der Partei.

Am 5. September 1967 erging ein Erlass des Obersten Sowjets der UdSSR, der die Beschuldigung des Landesverrats von uns nahm. Doch indem man uns dort nicht als Krimtataren, sondern als »Bürger tatarischer Nationalität, die früher auf der Krim gewohnt haben« bezeichnete, hat der Erlass unsere Vertreibung sowie unsere Liquidierung als Nation gesetzlich festgeschrieben [...] Nach der Veröffentlichung des Erlasses sind mehrere Tausend Menschen auf die Krim gefahren, wurden aber erneut gewaltsam von dort ausgesiedelt. Die Protesterklärung, die unser Volk an das ZK der KPdSU geschickt hat, ist ohne Antwort geblieben. Ohne Antwort blieben auch Proteste von Vertretern der sowjetischen Öffentlichkeit. Das Regime antwortete uns lediglich mit Verfolgungen und Gerichtsverfahren. Seit 1959 sind über 200 Vertreter unseres Volkes zu bis zu sieben Jahre Haft verurteilt worden, obwohl sie stets im Rahmen der sowjetischen Verfassung agiert hatten [...]

Am 21 April 1968 sind in der Stadt Tschirtschik Krimtataren, die den Geburtstag Lenins begehen wollten, von Militär und Miliz auseinandergejagt worden; über 300 Personen wurden verhaftet. Im Mai sind 800 Vertreter unseres Volkes nach Moskau gekommen, um dem ZK der KPdSU einen Brief zu übergeben, in dem die Rückkehr des Volkes auf die Krim gefordert wurde. Am 16. und 17. Mai sind fast alle Vertreter festgenommen und unter Bewachung nach Taschkent abtransportiert worden. [...] Täglich werden Dutzende Menschen in die lokalen KGB-Stellen vorgeladen und es wird durch Erpressung oder Drohungen versucht, sie zum Verzicht auf eine Rückkehr zu nötigen. [...]

Insgesamt sind nach dem Erlass zur politischen Rehabilitierung des krimtatarischen Volkes ca. zwölftausend Krimtataren, die versucht hatten, auf die Krim zurückzukehren, auf die eine oder andere Art – meist jedoch auf gewaltsame Weise – wieder zurück geschickt worden. [...]

Am 23. Juni 1978 hat sich der 46-jährige Krimtatare Musa Mamut mit Benzin übergossen und angezündet. Er, seine Frau Sekije Abdullajewa und ihre drei Kinder waren im April 1975 in ein kleines Haus auf der Krim gezogen, das sie erworben hatten. Die notarielle Beglaubigung des Kaufs sowie die polizeiliche Anmeldung wurden ihnen verweigert. Im Mai 1976 wurde Musa Mamut gemäß Paragraph 196 des Strafgesetzbuches der Ukrainischen SSR zu zwei Jahren Lager verurteilt, seine Frau zu zwei Jahren Freiheitsentzug auf Bewährung. Am 18. Juni 1977 wurde Mamut wegen guter Arbeit und mustergültiger Führung vorzeitig entlassen und kehrte nach Hause zurück. Es folgten erneute Vorladungen, Verwarnungen, Drohungen mit einem neuen Gerichtsverfahren und erneuter Aussiedlung. [...] Am 20. Juni 1978 wurde ein neues Strafverfahren gegen Musa und seine Frau wegen Verstößen gegen die Pass- und Meldebestimmungen eingeleitet. Am 23. Juni 1978 hat sich Musa Mamut in Anwesenheit von Milizionären mit Benzin übergossen und angezündet. Nach einigen Angaben hat er sich mehrere Monate auf diese Aktion vorbereitet. Mamut erlitt Verbrennungen von 90 % der Hautoberfläche. Er wurde ins Krankenhaus nach Simferopol gebracht, wo er fünf Tage später verstarb. Die ganze Zeit war er bei vollem Bewusstsein und hat mehrmals erklärt, er habe sich aus Protest gegen die Deportation der Krimtataren aus ihrer Heimat angezündet.«

Die »Chronik der laufenden Ereignisse« ist u. a. auf der Internetseite von Memorial zu finden (<<http://www.memo.ru/history/DISS/chr/>>).

Natella Boltjanskaja im Blog bei »Echo Moskwy«, 19. Mai 2014; <<http://www.echo.msk.ru/blog/boltjanskaya/1323316-echo/>>

»Weswegen hat Stalin die Krimtataren deportiert?«

Der Blogger und russische Nationalpatriot Sergej Nikitskij befasst sich mit der Geschichte der Stalinschen Deportationen und fragt nach den Gründen für die Vertreibung der Krimtataren 1944: »[...] 20.000 der Krimtataren (jeder dritte im wehrfähigen Alter) haben eine Uniform des Dritten Reichs getragen, 10.000 haben in der Wehrmacht gedient und 10.000 als Polizisten der Besatzungsbehörden. Der einzige Fehler der Sowjetunion bestand darin, dass die aktive Zusammenarbeit eines bestimmten Teils der auf der Krim lebenden Tataren mit den deutschen Okkupanten unbedingterweise der gesamten tatarischen Bevölkerung der Krim zugeschrieben wurde. Deportiert wurden alle ohne Ausnahme, einschließlich der Krimtataren, die in der Roten Armee gedient hatten. In einem NKWD-Telegramm an Stalin hieß es, dass insgesamt 183.155 Menschen ausgesiedelt wurden (abgesehen von den Militärangehörigen, die in kämpfenden Armeeeinheiten dienten und nach der Demobilisation 1945 in die Sondersiedlungen abtransportiert wurden). Nach offiziellen Angaben sind unterwegs 191 Menschen gestorben.

Ich bitte Sie – es sind 70 Jahre vergangen. Warum bitten die Krimtataren immer noch Präferenzen für sich? Warum verlangen wir jetzt nicht von Deutschland Präferenzen für die vielen Millionen Kriegsoffer?«

Sergej Nikitskij bei <livejournal.com>; 20. Mai 2014; <<http://nikitskij.livejournal.com/396954.html>>

»Festhalten und nicht hinlassen«

Der Abgeordnete der Gesetzgebenden Versammlung von St. Petersburg Boris Wischnewski (Jabloko) empört sich über die Anordnung der neuen Machthaber auf der Krim, mit der Kundgebungen der Krimtataren verboten werden: »[...] Sowohl der ehemalige »Brigadier« mit dem Spitznamen Goblin, der installiert wurde, um die Krim zu regieren, wie auch der ehemalige Stellvertretende Befehlshaber der Schwarzmeerflotte, der installiert wurde, um Sewastopol zu regieren, sehen sich als Vertreter der russischen Staatsmacht und müssen theoretisch nach russischen Gesetzen agieren.

Auf Grund der Verfassung der Russischen Föderation wie auch des föderalen Gesetzes über Kundgebungen, Versammlungen, Aufzüge und Demonstrationen ist es prinzipiell *unzulässig*, dass regionale Verwaltungen für einen irgendwie gearteten Zeitraum ein Verbot von Massenveranstaltungen verhängen.

Solche Entscheidungen bedeuten eine Einschränkung der Bürgerrechte, die in Art. 31 der Verfassung der Russischen Föderation garantiert sind, und die gemäß Art. 56 der Verfassung nur im Falle eines Ausnahmezustandes eingeführt werden dürfen.

Von einem Ausnahmezustand auf der Krim ist nichts bekannt.

Folglich haben sowohl Aksjonow als auch Menjajlo einen äußerst schweren Verstoß gegen russische Gesetze begangen, der zu einer massenhaften Verletzung der von der Verfassung garantierten Rechte der Bürger geführt hat. Was nach russischer Gesetzgebung einen unmittelbaren Grund für eine Entlassung aus dem Amt darstellt. [...]«

Boris Wischnewski bei »Echo Moskwy«, Blog vom 17. Mai 2014; <http://www.echo.msk.ru/blog/boris_vis/1322010-echo/>

»Die Fünfte Kolonne auf der Krim«: Eine Verschwörungstheorie

Der anonyme russischer Blogger *ayzaler777* rechtfertigt den aktuellen politischen Kurs des Kreml auf der Krim und spricht von der Gefahr einer Radikalisierung der Krimtataren auf der Halbinsel: »[...] Am 21. April 2014 aber hat der Präsident der Russischen Föderation Wladimir Putin den Erlass »Über Maßnahmen zur Rehabilitierung des armenischen, bulgarischen, griechischen, krimtatarischen und des deutschen Volkes sowie zur staatlichen Unterstützung bei ihrer Wiedergeburt und Entwicklung«. Laut diesem Erlass werden schrittweise begründete Rechte der Krimtataren auf ihre ureigenen Länder sowie Quoten in der Regierung und Tatarisch als offizielle Sprache in der Republik garantiert werden.

So sehen Repressionen und Diskriminierung aus. Hat jemand aus Kiew ähnliche Erlasse verabschiedet? Ich denke, das ist eine rhetorische Frage.

Was fehlt also einem gewissen Teil der Krimtataren?

Es gibt Autonomie, es gibt Rehabilitierung, Grund und Boden wurde zurückgegeben, die Sprache auch. Was braucht man noch? Geld? Die Finanzierung ist auch auf einem allerhöchsten Niveau. Und was ist es dann, das sie gehabt haben, als sie in der Ukraine waren, und das sie nun in Russland verloren hätten?

Ein kleiner Teil immer und mit allem unzufriedener (oder gekaufter) Menschen ist die Lokomotive von Destabilisierung und Revolution. Die Organisation des »Maidan auf der Krim« in Simferopol ist nur ein Teil der »fünften Kolonne«, die gegen Russland agiert. Dann wird es nur schlimmer werden: Vordringen des Wahhabismus und Stärkung radikaler Gruppierungen. Brandstiftung bei Moscheen und orthodoxen Kirchen sowie Entfernung der Mullahs (wie es in Tatarstan geschieht). Und verhüte es Gott, dass die Krim durch Egoismus und Gier eines kleineren Teils der nationalen Eliten zu einem zweiten Dagestan wird, wo täglich Anschläge verübt werden und in erster Linie Muslime unter den Attentaten zu leiden haben. Dies wird nicht sofort passieren, aber nach globalen Zeitschritten sehr bald. Damit das nicht geschieht, sollte man das Problem im Keim ersticken, damit es sich nicht weiter entwickelt und zum Anlass für eine Destabilisierung der Lage auf der Krim wird, die sich unsere »Freunde« im Westen sehr wünschen, und die sie sponsorn.«

ayzaler777 bei Livejournal-Community Maidan-2014, 19. Mai 2014; <<http://maydan-2014.livejournal.com/870082.html>>

*Ausgewählt und zusammengefasst von Sergey Medvedev, Berlin
(Die Blogs, auf die verwiesen wird, sind in russischer Sprache verfasst)*

DOKUMENTATION

»Über die Verletzung der Rechte der Krimtataren«

Erklärung von Memorial International

Am 16. Mai 2014 hat die Führung der Krim alle Massenveranstaltungen auf der Krim bis zum 6. Juni verboten. Begründet wurde das damit, »möglichen Provokationen von Seiten von Extremisten« und einer möglichen »Torpedierung der Urlaubssaison« vorzubeugen.

Es ist aber offensichtlich, dass der tatsächliche und einzige Grund dieses Verbots der Wunsch ist, die für den 18. Mai geplante Demonstration des krimtatarischen Volkes nicht zuzulassen.

Vom 18. bis 20. Mai 1944 wurde alle auf der Krim lebenden Krimtataren, insgesamt mehr als 180.000 Menschen, mit vorgehaltenen Maschinengewehren in Züge verfrachtet und nach Zentralasien deportiert. Viele von ihnen starben auf dem Weg dorthin und an ihrem Verbannungsort.

Die Deportation der Krimtataren ist eines der schwersten Verbrechen des Stalin-Regimes.

1989 endete der fünfunddreißigjährige Kampf krimtatarischer Aktivisten um eine Rückkehr auf die Krim erfolgreich und die Menschen begannen in ihre Heimat zurückzukehren.

Seit Beginn der 1990er Jahre haben die Krimtataren jedes Jahr in öffentlichen Kundgebungen an diese tragischste Episode in ihrer nationalen Geschichte gedacht.

Heute werden diese zur Tradition gewordenen Kundgebungen erstmals verboten.

Und das ist nicht die einzige Kränkung, die dem krimtatarischen Volk von den neuen Machthabern zu gefügt wird.

Anfang Mai wurde Mustafa Dschemiljew, einem der angesehensten krimtatarischen Anführer, der zur Zeit der Sowjetmacht viele Male verhaftet worden ist und insgesamt etwa 15 Jahre im Straflager und in der Verbannung zubringen musste, weil er sich für die Rückkehr der Krimtataren in ihre Heimat eingesetzt hat, die Einreise auf die Krim verweigert.

Es sind noch weitere aktuelle Fälle ungerechter Behandlungen von Krimtataren bekannt.

So sehen die »Völkerfreundschaft« und das »interethnische Einverständnis«, die noch vor zwei Monaten der Krim durch politische Kräfte in Moskau und Simferopol versprochen wurden, in der Praxis aus.

Es scheint, als ob dem krimtatarischen Volk erneut die Gefahr neuer Verfolgungen droht, als ob die Staatsmacht alles tut, um auf der Halbinsel interethnische Feindschaft und Auseinandersetzungen zu provozieren. Das könnte für die Krimtataren und die ganze Region tragisch enden.

Wir fordern die Einhaltung der Rechte der Krimtataren.

Wir fordern, das Verbot der Trauerkundgebung des krimtatarischen Volkes am 18. Mai in Simferopol aufzuheben.

Wir fordern, das Einreiseverbot für Mustafa Dschemiljew auf die Krim aufzuheben.

Der Vorstand von Memorial International

16. Mai 2014

Übersetzung: Jens Siegert

Die Übersetzung wurde am 16. Mai 2014 in seinem »Russland Blog« publiziert; das Original wurde auf der Website von Memorial veröffentlicht (<<http://www.memo.ru/d/197810.html>>)

NOTIZEN AUS MOSKAU

Feiertag für die Seele

Jens Siegert, Moskau

Ich weiß nicht weiter. Wie so oft in heißen Konflikten, überwiegen in der Diskussion über Russland und die Ukraine, über Russland und den Westen, über Putin und über die 80 Prozent aller Menschen in Russland, die ihn angeblich oder tatsächlich unterstützen, die schwarzen und weißen Töne, geben diejenigen den Ton, die nicht nur eine entschiedene Meinung haben, sondern auch die Chuzpe oder die Schlichtheit, sie als die einzig richtige darzustellen. Das muss aber wohl so sein. Denn in Krisenzeiten muss gehandelt werden. Und Handeln heißt entscheiden. Zum Entscheiden aber brauchen die Entscheider klare Alternativen von ihren Ratgebern (ich weiß, es ist komplizierter, aber dazu fehlt hier der Platz).

Ich weiß aber auch nicht mehr weiter, weil es unmöglich zu wissen ist, was weiter geschehen wird. Es hängt viel, wenn nicht alles (darin sind sich die meisten Beobachter einig) von der Entscheidung eines einzelnen Menschen ab. Also wird mit Macht versucht, in Putin hineinzuraten. Ist er ein Kämpfer? Folgen seine Entscheidungen alten (oder besser: modernisierten) KGB-Logiken? Mit wem berät er sich? Berät er sich überhaupt noch? Oder ist er längst zum alternden, misstrauischen

Diktator mutiert, getrieben vor allem von der Angst vor einem Coup d'Etat aus dem eigenen, engsten Umfeld?

Handelt Putin aus Stärke? Auch weil er die Schwäche(n) des Westens (insbesondere der EU und ihrer Mitgliedsländer) erkannt hat und virtuos auszunutzen versteht? Hat er dabei eine Grand Strategie? Oder ist er nur ein (dann aber zugegebenermaßen genialer) Taktiker, dem mit langem Atem und Standfestigkeit beizukommen wäre? Oder ist es Schwäche, die den russischen Präsidenten dazu brachte, die Krim-Verführung anzunehmen? Blufft er also nur? Zitternd in seiner Residenz in Nowo-Ogorjowo bei Moskau sitzend, nur mit Labradorhündin Koni an seiner Seite?

Wäre Putin, zögen wir heute Zwischenbilanz (einen Schlusspfiff wie beim Fußball gibt es ja im richtigen Leben glücklicherweise nicht), eher Sieger oder eher Verlierer? Hatte er nicht die ganze Ukraine im November vorigen Jahres bereits in seiner Tasche namens Zollunion? Und hat der Maidan sie (aus russisch-offizieller Sicht: wie ein Taschendieb!) sie nicht wieder rausgezogen? Nun bleiben ihm *nur* die Krim, das Kuddelmuddel in der Ostukraine, in die er sich nicht wirklich reintraut, und selbst

Belarus und Kasachstan machen neuerdings Absetzbewegungen. Dann wirkten wohl die Sanktionen (wenn auch mehr ihre Ankündigung) und Putin wäre ein Verlierer.

Vielleicht wartet Putin, großer Taktiker der er ist, aber auch einfach nur ab? Schaut zu, wie die (westlich dominierte) Nach-1989-Weltordnung langsam durch den Krim-Pilz zersetzt wird, wie sich die Europäische Union Stück für Stück auflöst (angeblich orientiert sich Orbans Ungarn schon mehr Richtung Moskau als Richtung Brüssel), ihre bisherige modellhafte Attraktivität als Hort von Recht und Wohlstand (und Wohlstand durch Recht) verliert? Dann könnte er der Sieger sein.

Aber im wirklichen Leben ist das Spiel halt nie zu Ende. Es ist zu früh, Sieger und Verlierer auszurufen. Denn viel mehr als diese Fragen (einige weitere habe ich hier sicher vergessen) können wir nicht wissen. Was wir können und müssen, ist zu bewerten, was bereits passiert ist, was bereits getan wurde und von wem: die völkerrechtswidrige Annexion der Krim durch Russland; das Zündeln in der Ostukraine; die große Propagandaschlacht der Kremltrolle; die einerseits durchaus deutlichen und solidarischen Reaktionen des Westens, wenn auch mit eher zögerlichen Sanktionen (wobei es eine sinnvolle Frage ist, welche Sanktionen helfen und wann sie das tun: wenn sie *nur* angedroht sind oder wenn sie verhängt werden); andererseits das seltsame Verständnis »für Russland« bei vielen Menschen im Westen und insbesondere in Deutschland (mit dem gleichzeitig der Ukraine die Existenz als unabhängiger Staat abgesprochen, die Leiden der Ukraine im Zweiten Weltkrieg negiert und große Teile des Völkerrechts auf Vor-Zweiter-Weltkriegsniveau zurückgedrängt werden). Und noch einiges mehr.

Weil aber, ich komme wieder zum Anfang zurück, was weiter passieren wird, im wesentlichen von den Entscheidungen einer weitgehend unkontrollierten Person abhängt (oder maximal von einer kleinen Gruppe, deren genaue Zusammensetzung wir nicht einmal kennen), und niemand wirklich weiß (und wissen kann), nach welchen Kriterien oder, darüber habe ich schon mehrfach hier geschrieben, nach welcher (oder wessen) Rationalität, sind alle Voraussagen spekulativ.

Kurzfristig gesehen weiß ich also nicht mehr weiter. Mittel- und langfristig gesehen dürfte die spannende Frage aber sein, wie nachhaltig die durch Propaganda gestützte antiwestliche und Putin stützende Haltung einer offenbar großen Mehrheit der Menschen in Russland ist, jener 80 Prozent, von denen Meinungsforschungsinstitute bis hin zum renommierten Lewada-Zentrum berichten.

Um auf diese Frage zu antworten, müssen auch diese 80 Prozent, ihre Meinungen, Ängste, Urteile und Vorurteile, ihre Erfahrungen und die Schlüsse, die sie daraus gezogen haben, ernst genommen werden (jedenfalls die meisten von ihnen). Die Unterstützung von Putin und

seiner Politik ist zwar auch ein großes Verführungsnetzwerk, aber sie ist es nicht nur, nicht einmal in erster Linie. Und die meisten Menschen in Russland sind keine dummen Verführten (was dann aber auch dazu führt, dass sie (Mit-)Verantwortung für das Handeln ihrer Regierung haben).

Ein wenig erinnert mich die Stimmung im Land seit einiger Zeit – und in den vergangenen Monaten immer stärker – an eine Episode des Films »Kalina Krasnaja« von Wassilij Schukschin (die deutsche Version ist unter dem Titel »Schneeballstrauch im Herbst« erschienen, aber gegenwärtig nur antiquarisch erhältlich). Schukschin, ein Schriftsteller, Schauspieler und Regisseur (in Venedig 1966 mit einem Goldenen Löwen für seinen Erstling »Schiwjot takoj paren« ausgezeichnet), der sich aus einem Dorf im Altaj in Südsibirien in die Moskauer Intellektuellenelite hochgearbeitet hat, erzählt in dem Film von 1974 die Geschichte des Berufsverbrechers Jegor Prokudin, der, zum wiederholten Mal aus dem Gefängnis entlassen, beschließt, mit der Räuberei aufzuhören und ein »normales« Leben zu beginnen.

In der erwähnten Episode sagt Prokudin: »Ich weiß nicht, vielleicht sollte ich meiner Seele Erholung schenken? Einen Feiertag braucht meine Seele, einen Feiertag. Ich warte schon lange auf ihn« (<http://vk.com/video-26782760_168300298>). Dann fasst er sich an den Hals, als ob das Leben ihn erstickt. Kurz darauf lässt er sich in einem schäbigen Hotel einer ungenannten Kleinstadt eine Feier ausrichten, zu der der Portier allerlei hergelaufene Leute von der Straße einlädt. Die Gäste besaufen sich, werden grob und unflätig. Die so sehr herbeigesehnte Feier, der Feiertag geht also gründlich schief. Weil es eben keine Freunde sind. Und weil sich Freunde und Feiern nicht einfach so organisieren lassen.

Der Versuch Prokudins, sich ein Leben jenseits der Verbrecherwelt aufzubauen, scheitert. Er scheitert ein wenig an ihm selbst, vor allem aber, weil ihn seine alten Verbrecherkumpane nicht gehen lassen wollen und ihn lieber ermorden als abtrünnig werden zu lassen. Die Vergangenheit ist sehr mächtig.

Ähnlich wie Prokudin scheint es heute vielen Menschen in Russland zu gehen, wenn sie an ihr Land denken, an ihr Leben in diesem Land und an das Verhältnis dieses Landes zu anderen Ländern und den Menschen dort (insbesondere natürlich den Ländern gleich in der Nachbarschaft, die früher Zwangsmitglieder in der *Kommunalka*, der Zwangswohngemeinschaft mit Namen Sowjetunion waren). Sie wollen ein normales Leben, normale Nachbarschaft. Aber sie sind ziemlich aus der Übung. Weshalb ihre Versuche oft so fürchterlich schief gehen.

Diesen und andere Texte finden Sie auf Jens Siegerts Russlandblog <<http://russland.boellblog.org/>>.

CHRONIK

9. – 22. Mai 2014

09.05.2014	Am »Tag des Sieges« finden in Moskau und vielen anderen Städten Russlands Militärparaden statt. Präsident Wladimir Putin nimmt die Parade auf dem Moskauer Roten Platz ab. Im Anschluss fliegt der Präsident nach Sewastopol, um dort an den Feierlichkeiten zum »Tag des Sieges« teilzunehmen.
09.05.2014	Russische Medien berichten, dass ukrainische Sicherheitskräfte am »Tag des Sieges« versuchen, die Stadt Mariupol unter ihre Kontrolle zu bringen. Bei den Gefechten sterben wenigsten sieben Personen.
09.05.2014	Der Stellvertretende Ministerpräsident Dmitrij Rogosin nimmt gemeinsam mit Kulturminister Wladimir Medinskij und Duma-Abgeordneten an den Feierlichkeiten zum »Tag des Sieges« in Tiraspol, der Hauptstadt der international nicht anerkannten Republik Transnistrien teil.
10.05.2014	Da der Stellvertretende Ministerpräsident Dmitrij Rogosin auf der Sanktionsliste der EU steht, verweigern die Ukraine und Rumänien dem Regierungsflugzug mit seiner Delegation den Überflug. Die Mitglieder der Delegation kehren daher mit normalen Linienflugzeugen aus Tiraspol nach Moskau zurück.
11.05.2014	In den ostukrainischen Gebieten Luhansk und Donezk finden in jenen Orten und Bezirken, in denen die ukrainische Zentralregierung die Kontrolle verloren hat, Referenden über eine Loslösung von der Ukraine statt. Nach Medienberichten ist dort der Andrang der Wähler groß. 80–90 % der Wähler stimmen, so die ostukrainischen Wahlleiter, für eine Loslösung von der Ukraine.
12.05.2014	Präsident Wladimir Putin ordnet die Einrichtung eines Ministeriums für die Entwicklung des Nordkaukasus an. Zum Leiter der Behörde ernannt er Lew Kusnezow, den bisherigen Gouverneur der Region Krasnojarsk. Ferner ernannt er den bisherigen Oberbefehlshaber der Truppen des Innenministeriums, Armeegeneral Nikolaj Rogoshkin, zum Präsidialbevollmächtigten im Sibirischen Föderalbezirk. Generalleutnant Sergej Melikow, der Befehlshaber der Truppen im Nordkaukasus, wird zum Präsidialbevollmächtigten im Föderalbezirk Nordkaukasus ernannt. Der bisherige Präsidialbevollmächtigte im Nordkaukasus, Aleksandr Chloponin, verliert zwar diese Funktion, bleibt jedoch Stellvertretender Ministerpräsident.
12.05.2014	Präsident Putin ernannt Viktor Solotow zum Stellvertretenden Innenminister und Befehlshaber der Truppen des Innenministeriums. Ferner ernannt er Aleksander Sawenkow zum Stellvertretenden Innenminister und Leiter der Abteilung Strafverfolgung des Innenministeriums.
12.05.2014	Präsident Putin ernannt den bisherigen Leiter der Vermögensverwaltung des Präsidenten, Wladimir Koschin, zum Assistenten des Präsidenten für militärisch-technische Zusammenarbeit. An seine Stelle tritt Aleksandr Kolpakow, bisher Leiter der Abteilung »W« des Wachdienstes für den Präsidenten beim des Föderalen Schutzdienstes (FSO).
12.05.2014	Präsident Putin nimmt den Rücktritt des Gouverneurs des Gebietes Lipetsk, Oleg Koroljow, an. Bei den vorgezogenen Neuwahlen am 14. September werde Koroljow wieder antreten.
12.05.2014	Der Pressedienst des Präsidenten teilt mit, dass die Ergebnisse der Abstimmungen in Luhansk und Donezk respektiert werden. Es werde erwartet, dass die Umsetzung des Referendums auf zivilisiertem Weg im Rahmen eines Dialogs zwischen Donezk, Luhansk und Kiew erfolgt.
13.05.2014	Präsident Putin nimmt den Rücktritt des Gouverneurs des Gebietes Kursk, Aleksandr Michajlov, an und ernennt ihn bis zu Neuwahlen zum geschäftsführenden Gouverneur.
13.05.2014	Der Erdgaskonzern Gazprom stellt dem ukrainischen Erdgaskonzern »NAK Naftogas Ukrainy« für Juni eine Vorausrechnung in Höhe von 1,66 Mrd. US-Dollar aus. Lieferungen werden nur erfolgen, wenn Naftogas Ukrainy das Gas im Voraus bezahlt.
13.05.2014	Präsident Putin nimmt den Rücktritt des Gouverneurs des Gebietes Tjumen, Wladimir Jakuschew, an und ernennt ihn bis zu Neuwahlen zum geschäftsführenden Gouverneur.
14.05.2014	Präsident Putin nimmt den Rücktritt von Jurij Berg, dem Gouverneur des Gebietes Orenburg, an und ernennt ihn bis zu den Neuwahlen zum geschäftsführenden Gouverneur.
14.05.2014	Ministerpräsident Medwedew gibt bekannt, dass der Bau des Hafens von Taman am Asowschen Meer sowie ein Brückenbau über die Lena in Jakutien »in Folge der Krim« eingefroren werden. Die 112 Mrd. Rubel (rund 2,4 Mrd. €) sollen anderweitig eingesetzt werden.
15.05.2014	Präsident Putin nimmt den Rücktritt von Oleg Kuwschinnikow, dem Gouverneur des Gebietes Wologda, an und ernennt ihn bis zu den Neuwahlen zum geschäftsführenden Gouverneur.

15.05.2014	Das Allrussische Ausstellungszentrum (WWZ) im Norden Moskaus erhält offiziell seinen sowjetischen Namen wieder: WDNCh (Ausstellung der volkswirtschaftlichen Errungenschaften). Für die vom Moskauer Bürgermeister Sobjanin angeregte Umbenennung hätten sich in einer »interaktiven Umfrage« in Moskau 90 % der Teilnehmer ausgesprochen.
15.05.2014	Unbekannte erschießen im Rayon Gunib (Dagestan) drei Polizisten. Bei der anschließenden Anti-Terror-Operation werden weitere zehn Polizisten verletzt.
15.05.2014	Im Moskauer Vorort Puschkino versammeln sich ca. 500 Fußballfans, um der Tötung eines »Spartak«-Fans zwei Tage zuvor zu gedenken. Die Polizei nimmt 57 Personen vorübergehend fest. Der Täter wird in Usbekistan gefasst.
16.05.2014	Eine »Proton-M« Trägerrakete mit dem Kommunikationssatelliten »Ekspress-AM6« an Bord verglüht wenige Minuten nach dem Start vom Weltraumbahnhof Bajkonur auf Grund des Ausfalls einer Steuerrakete. Weitere Starts von Proton-Trägerraketen werden bis auf weiteres untersagt.
16.05.2014	Ministerpräsident Dmitrij Medwedew kritisiert die Äußerung von Maksim Ksensow, dem Stellvertretenden Vorsitzenden des Föderalen Dienstes für die Medienaufsicht (»Roskomnadsor«), zur möglichen Schließung von Twitter und Facebook in Russland. Ksensow schränkt seine Äußerungen in der Folge inhaltlich ein.
17.05.2014	Bei dem Versuch einer Fahrzeugkontrolle durch Sicherheitskräfte werden in Tschegem (Kabardino-Balkarien) zwei Untergrundkämpfer getötet, darunter der Anführer des süd-westlichen Sektors der Kämpfer in der Republik, der einen Terroranschlag vorbereitet haben soll.
17.05.2014	Der Föderale Migrationsdienst gibt die Abschiebung von 136 »illegalen Migranten« aus dem Moskauer Vorort Puschkino bekannt. Nach dem Tod eines Fußballfans am 13. Mai war es zu nationalistischen Ausschreitungen und Razzien der Behörden gekommen.
18.05.2014	Auf Grund von Waldbränden wird im Gebiet Irkutsk der Ausnahmezustand verhängt.
18.05.2014	Bei einer Anti-Terror-Operation im Rayon Baksan (Kabardino-Balkarien) werden drei mutmaßliche Untergrundkämpfer getötet.
19.05.2014	Präsident Wladimir Putin empfängt in Sotschi die ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates. Im Zentrum des Gesprächs steht die Lage in der Ukraine. Die Pressestelle des Kremls veröffentlicht wenig später eine Mitteilung, in der die Ukraine aufgefordert wird, die »Strafoperation und die gewaltsamen Handlungen« im Osten des Landes einzustellen und die Streitkräfte von dort abziehen.
19.05.2014	Der russische Außenminister Sergej Lawrow erklärt bei einem Treffen mit seinem slowakischen Amtskollegen Miroslav Lajčák, dass Russland seine Beziehungen mit der EU und der NATO wesentlich überdenken wird.
19.05.2014	Ministerpräsident Dmitrij Medwedew überträgt dem Stellvertretenden Ministerpräsidenten Aleksandr Chloponin die Regulierung des Alkoholhandels, die Koordination der Aufgabenbereiche Bodenschätze und Bodennutzung sowie der internationalen Beziehungen. Chloponin wird weiterhin die Tätigkeiten des Ministeriums zur Entwicklung des Nordkaukasus koordinieren.
19.05.2014	Anatolij Antonow, stellvertretender Verteidigungsminister, gibt bekannt, dass alle NATO-Staaten ihre Teilnahme an der Moskauer Sicherheitskonferenz am 23. Mai abgesagt hätten. Im Zentrum der Konferenz steht die regionale Stabilität, globale Sicherheit sowie das »Problem der ‚Bunten Revolutionen‘«.
20.05.2014	Präsident Putin trifft zu einem Staatsbesuch in Shanghai (China) ein. Er trifft mit seinem Amtskollegen und Generalsekretär der KP Xi Jinping zu Gesprächen zusammen. Im Zentrum steht die wirtschaftliche Zusammenarbeit, v.a. in den Bereichen Verteidigung, zivile Luftfahrt und Automobilindustrie. Putin und Xi Jinping vereinbaren Militärübungen für das kommende Jahr.
20.05.2014	Verteidigungsminister Sergej Schojgu weist die Einheiten der russischen Streitkräfte, die im Grenzgebiet zur Ukraine Militärübungen durchgeführt hatten, an, in ihre Kasernen zurück zu kehren und ihre Kampfbereitschaft auf naheliegenden Truppenübungsplätzen aufrecht zu halten. Dmitrij Bulgakow, Stellvertretender Verteidigungsminister, gibt derweil bekannt, dass Russland bis Ende des Jahres der Ukraine militärisches Gerät von der Krim übergeben wird.
20.05.2014	Im Gebiet Moskau prallt ein Güterzug mit dem Passagierzug Moskau–Chişinău zusammen. Sechs Personen kommen ums Leben, mehr als 30 Insassen werden verletzt.
20.05.2014	Eine Geschworenengjury im Moskauer Stadtgericht spricht die Angeklagten im Mordfall Anna Politkowskaja für schuldig. Es sind der ehemalige Polizist Sergej Chadshikurbanow, die Journalistin erschossen haben soll, und Lom-Ali Gajtukajew als Organisator des Mordes. Die Hintermänner bleiben weiterhin unbekannt.

20.05.2014	Präsident Wladimir Putin trifft am Rande seines Staatsbesuchs in Shanghai mit UN-Generalsekretär Ban Ki-moon zusammen. Im Zentrum des Gesprächs steht die Situation in der Ukraine sowie die Lage in Syrien.
21.05.2014	Japan lässt zwei russische Militärflugzeuge von Kampfflugzeugen abfangen und von der Nähe der Grenze entfernen. Finnland meldet kurz darauf die Verletzung seines Luftraums durch zwei russische Flugzeuge. Wenig später erklärt Südkorea, zwei U-Boot-Abwehrflugzeuge der russischen Streitkräfte seien in den südkoreanischen Verteidigungsraum eingedrungen und erst nach einer Warnung wieder abgedreht.
21.05.2014	Der Föderationsrat ernennt Wjatscheslaw Lebedew zum Vorsitzenden des neuen Obersten Gerichtshofs. Präsident Wladimir Putin hatte die Kandidatur zuvor vorgeschlagen.
21.05.2014	Die Moskauer Stadtverwaltung lehnt einen Antrag zur Durchführung einer »Gay-Pride«-Parade am 31. Mai ab. Als Grund wird genannt, die Parade könnte Kinder und Jugendliche ungewollt zu Zeugen machen und zudem religiöse und moralische Gefühle sowie die menschliche Würde verletzen.
21.05.2014	Präsident Wladimir Putin gibt in Shanghai den größten Gasliefervertrag Russlands bekannt. Gazprom und der chinesische Energiekonzern CNPC unterzeichnen ein dreißigjähriges Lieferabkommen über 38 Mrd. m ³ Gas pro Jahr. Die Lieferungen sollen ab 2017 beginnen, das Gesamtvolumen des Vertrags beläuft sich auf 400 Mrd. US-Dollar. Bis dahin soll eine Gaspipeline aus Sibirien nach China verlegt werden, die »die größte Baustelle der Welt« werden wird. Russland übernimmt 55 Mrd. Dollar der Kosten für die Infrastruktur und den Bau der Pipeline, die Gesamtkosten liegen bei mehr als \$ 70 Mrd.
21.05.2014	Präsident Putin nimmt am Gipfeltreffen der Staatschefs zur Konferenz über Interaktion und vertrauensbildende Maßnahmen in Asien (CICA) teil. Am Rande des Gipfels trifft er mit dem iranischen Staatspräsidenten Hassan Rouhani zusammen.
22.05.2014	In St. Petersburg beginnt das Internationale Wirtschaftsforum, das bis zum 24. Mai dauern soll. Zur Eröffnung kommen Konzernchefs aus aller Welt zusammen. US-Konzerne bleiben auf Anweisung ihrer Regierung dem Wirtschaftsforum vielfach fern.
22.05.2014	Präsident Putin hält im Gebiet Amur eine Sitzung zu den Folgen der Flutkatastrophe vom Vorjahr ab. Er weist erneut an, dass alle Betroffenen in kürzester Zeit neuen Wohnraum erhalten sollen. Zuvor traf er sich mit Betroffenen. Im Anschluss nimmt Putin an einer Videokonferenz zum Verlauf der Bauarbeiten des Kosmodroms »Wostotschny« teil.

Sie können die gesamte Chronik seit 1964 auch auf <http://www.laender-analysen.de/russland/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Die Russland-Analysen werden von der Alfred Krupp von Bohlen und Halbach-Stiftung und von Mangold Consulting GmbH unterstützt.



Alfried Krupp von Bohlen
und Halbach Stiftung

MANGOLD
C o n s u l t i n g

Herausgeber: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde

Die Meinungen, die in den Russland-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Verantwortlicher Redakteur: Hans-Henning Schröder

Recherche, Übersetzungen und Sprachredaktion: Christoph Laug, Hartmut Schröder

Satz: Matthias Neumann

Russland-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Alle Ausgaben der Russland-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

Die Russland-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de) aufgenommen.

Die Russland-Analysen werden im Rahmen der Datenbank World Affairs Online (WAO) ausgewertet und sind im Portal IREON www.ireon-portal.de recherchierbar.

ISSN 1613-3390 © 2014 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa und ihrer Partner auf www.laender-analysen.de



Die Länder-Analysen bieten regelmäßig kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Sie machen das Wissen, über das die wissenschaftliche Forschung in reichem Maße verfügt, für Politik, Wirtschaft, Medien und die interessierte Öffentlichkeit verfügbar. Autoren sind internationale Fachwissenschaftler und Experten.

Die einzelnen Länder-Analysen werden von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde jeweils mit unterschiedlichen Partnern und Sponsoren herausgegeben.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/cad/>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweiwöchentlich

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/rad/>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: zentralasien-analysen@dgo-online.org

Bibliographische Dienste

Die Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Belarus, Polen, Russland, Tschechischer und Slowakischer Republik, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasischen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Erscheinungsweise: viermal jährlich

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Twitter

[<https://twitter.com/laenderanalysen>](https://twitter.com/laenderanalysen)